

Rundbrief 1-2021

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen

- 4 Geschäftsstelle
- 5 Junge DGO
- 8 Zweigstellen

Publikationen

- 10 Zeitschrift OSTEUROPA
- 13 Zeitschrift OSTEUROPA-Recht
- 16 Länder-Analysen

Mitglieder

- 18 Protokoll der Mitgliederversammlung
- 24 Klaus-Mehnert-Preis
- 26 Veröffentlichungen
- 27 Personalien
- 28 Junge DGO

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 30 Personalien

Veranstaltungsberichte

- 32 Russischsprachige Migration nach Deutschland und Israel
- 34 CRIMEA. Zur aktuellen Menschenrechtssituation auf der Krim
- 36 Zur Situation der Jurist*innen in Belarus
- 38 Verflechtungen und Abhängigkeiten: China – Osteuropa – Europäische Union
- 43 Anti-Genderism in Eastern Europe – A question of religion?
- 46 Tschernobylkinder. Die transnationale Geschichte einer nuklearen Katastrophe

Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

die dramatischen Ereignisse des letzten Jahres wirken im östlichen Europa nach und beschäftigen die DGO auch weiterhin. Die politische Situation in Belarus verschärft sich zunehmend und angesichts der weitgehend geschlossenen Grenzen werden die Menschen vor Ort zu Geiseln im eigenen Land. Gleich mit mehreren Veranstaltungen dokumentierten und analysierten wir in den letzten Monaten die gefährdete Situation von belarusischen Juristinnen und Juristen, die politische Häftlinge verteidigen. Auch die Zweigstellen und die Junge DGO thematisierten die Auswirkungen der Protestbewegung in Belarus. Die von der DGO mit herausgegebenen Länder-Analysen untersuchen die wirtschaftlichen Folgen der politischen Krise in Belarus und die Zeitschrift OSTEUROPA vergleicht im Heft „Versteinerte Macht“ Rechtsverständnis und Rechtsstaatlichkeit in Belarus, Russland und Polen.

In Russland wird das Ausmaß der Verfassungsreform des letzten Jahres erst jetzt deutlich und in der Zeitschrift OSTEUROPA-Recht eingehend analysiert. Den politischen und gesellschaftlichen Folgen der Inhaftierung des Regimekritikers Alexei Nawalny widmet die OSTEUROPA in ihrer Ausgabe „Bedrohlich. Staat und Mensch in Osteuropa“ gleich mehrere Artikel. Die Länder-Analysen untersuchten die Folgen der Pandemie Covid-19 auf den Gesundheitszustand und das Gesundheitssystem im gesamten östlichen Europa als übergreifendes Thema. Und die Junge DGO diskutierte über Promovieren und Forschen in Zeiten von Corona.

Die Jahrestagung der DGO untersuchte die politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen China, dem östlichen Europa und der Europäischen Union über das Infrastrukturprojekt der Neuen Seidenstraße hinaus. Aber auch mittel- und langfristige Entwicklungen nahm die DGO in der ersten Jahreshälfte in den Blick. Dazu zählten Veranstaltungen über die Folgen der Annexion der Krim für die krimtatarische Bevölkerung, der Diskurs über Frauenarbeit in Polen in der langen Zeit der Transformation, die Auswirkungen der russischsprachigen Migration nach Deutschland und Israel in den letzten dreißig Jahren und die Entstehung transnationaler Netzwerke nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl. Die OSTEUROPA legte mit dem



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

Heft „Babyn Jar. Der Ort, die Tat und die Erinnerung“ eine umfassende Analyse der Umstände und Folgen des größten Einzelmassakers der Deutschen an der jüdischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg vor.

Bei der Mitgliederversammlung der DGO im März diskutierten die Anwesenden kontrovers über den Zustand und die Ausrichtung der Osteuropastudien. Dank des digitalen Formats konnten wesentlich mehr Personen an der Sitzung teilnehmen als in den vergangenen Jahren. Das Protokoll der Versammlung drucken wir in diesem Rundbrief ab. Über Veröffentlichungen und Neuaufnahmen von Mitgliedern informieren wir Sie ebenfalls auf den folgenden Seiten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Gabriel Freitag". The signature is written in a cursive, flowing style.





Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Vorschau

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
22.– 24. September, Berlin	Workshop Capitalism and Socialism in Russia Concept Formation and the (Post-)Soviet Experience	Freie Universität Berlin und Osteuropa-Institut
30. September – 2. Oktober, Zürich	Tagung 28. Tagung Junger Osteuropa-Expert*innen (JOE)	Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen und Center for Eastern European Studies (CEES) an der Universität Zürich
4.–8. Oktober, Berlin	Bildungsurlaub EU und Russland in der Krise	Europäische Akademie Berlin
6.–7. Oktober, Berlin / ggf. online	Fachtagung Politik- und Sozialwissenschaften The New Belarus: Societal Change, Regime Repression, and Western Reactions	Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)
20.–21. Oktober, Marburg / ggf. online	Fachtagung Geschichte Authority and Medical Expertise Health as a Social Good and Political Argument in Eastern Europe, Russia and Beyond	Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung und Deutsch-Polnische Gesellschaft für Geschichte der Medizin e.V.
11.–12. November, Berlin / ggf. online	Fachtagung Literatur- und Kulturwissenschaften Jenseits der Nostalgie. Neuaneignungen des Spätsozialismus in osteuropäischen Gegenwartskulturen	Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung und Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU)
12.–13. November, Berlin / ggf. online	Symposium From Berlin War to New Conflict: Eastern European Cleavages and Encounters	Freie Universität Berlin

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
26. Januar, online	Podiumsdiskussion Russian Speaking Migration to Germany and Israel	Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforschung (dizf)
24. Februar, online	Podiumsdiskussion Crimea Zur aktuellen Menschenrechtssituation auf der Krim	Gesellschaft für bedrohte Völker e. V. (GfbV), Crimean Tatar Resource Center (CTRC) und Konrad-Adenauer-Stiftung (Vilnius)

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
12. März, online	Podiumsdiskussion 100 Jahre Friedensvertrag von Riga: Die belarusische Frage und die europäische Nachkriegsordnung	Justus-Liebig-Universität Gießen
18. März, online	Fachgespräch Recht Zur Situation der Jurist*innen in Belarus	Kooperation zwischen DGO- Fachgruppe Recht und Junge DGO
26. März, online	DGO-Jahrestagung Verflechtungen und Abhängigkeiten: China – Osteuropa – Europäische Union	Bertelsmann Stiftung und Mercator Institute for China Studies gGmbH
20.–24. April, online	BASEES-Regionalkonferenz Globalising Eastern Europe – New Perspectives on Transregional Entanglements	British Association for Slavonic & East European Studies (BASEES), Leibniz Science Campus »Eastern Europe – Global Area« (EEGA) und Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)
21.–22. April, online	Fachtagung Religion Anti-Genderism in Central and Eastern Europe – A Question of Religion?	Zentrum für Osteuropa- und internatio- nale Studien (ZOiS)
29. April, online	Fachkonferenz Recht Rechtslage in Belarus – Mögliche Wege aus dem Unrecht	RAZAM, Botschaft des Volkes von Belarus in Deutschland und Libereco Partnership for Human Rights
21. Mai, online	Buchvorstellung Tschernobylkinder. Die transnationale Geschichte einer nuklearen Katastrophe	Universität Freiburg

Junge DGO: Vorschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
25. August, online	DGO Online-Kolloquium Geschichte(n) schreiben. Fakt, Fiktion und Narration und ihre Wirkmächtigkeit im Osteuropa des 19. Jahrhunderts	Matthias Melcher (München)
29. September, online	DGO Online-Kolloquium Der Südkaukasus als Konstruktion eines transnationalen Raumes	Mikael Evdokimov (Wien)

Junge DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
14. Januar, online	#1h Junge DGO on Web Georgien nach den Parlamentswahlen vom 31. Oktober 2020	David Aprasidze (Tbilisi, Georgien)
27. Januar, online	DGO Online-Kolloquium Die Situation erwerbstätiger Polinnen während der langen Transformationszeit in Polen – rechtliche und soziokulturelle Zwänge als Quellen von (Un-)Gleichheit	Johannes Kleinmann (Frankfurt (Oder))
24. Februar, online	DGO Online-Kolloquium Promovieren und Forschen in Corona-Zeiten	Heidi Hein-Kircher (Marburg)
26. Mai, online	DGO Online-Kolloquium Moskaus (in)existente Mittelschicht. Eine Ethnographie	Bernhard Braun (Wien)
22. Juni, online	#nachgehakt Parlamentswahlen in Armenien	Nane Khachatryan (Halle)
30. Juni, online	DGO Online-Kolloquium Rethinking Area Studies: Auf dem Weg zu einem neuen Curriculum der Ost- und Südosteuropastudien?	Elisa Satjukow (Leipzig)
22. Juli, online	#nachgehakt Parlamentswahlen in Moldau am 11. Juli 2021	Christian Hagemann (München) Kooperationspartner: Südosteuropa-Gesellschaft

Regionalgruppen der Jungen DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Bamberg / Erlangen		
23. April, online	Podiumsdiskussion Russland auf dem menschenrechtlichen Holzweg? Zur aktuellen Lage von Erinnerungspolitik und Menschenrechten	Robert Latypov (Perm) Ivan Vasilyev (Perm)
Berlin/Brandenburg		
19. Juli, Frankfurt (Oder)	Podiumsdiskussion und Filmabend Courage (BLR 2021) Beyond Solidarity: Wer oder was trägt die Solidaritätsbewegung in Belarus?	Timm Beichelt (Frankfurt (Oder)) Alexei Bratochkin (Minsk) Vika Biran (Frankfurt (Oder)) Mit Unterstützung der Zweigstelle Frankfurt (Oder) Kooperationspartner: Libereco Partnership for Human Rights

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Bremen		
11. März, online	Podiumsdiskussion GAU macht schlau? Eine zweiteilige Bestandsaufnahme nach den großen Atom-Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima	Kooperationspartner: Heinrich-Böll-Stiftung Bremen
Leipzig		
11. Januar, online	Vortrag Perspektiven aus Kunst und Kultur auf die Proteste in Belarus	Iryna Herasimovich (Minsk)
08. Februar, online	Vortrag “The majority does not exist“ – perspectives from the LGBT community in Bela- rus	Vika Biran (Minsk) Magda Wlostowska (Leipzig) Anne Kluger (Münster)
München		
21. Januar, online	Vortrag Khabarovsk vs Moscow? Protest in Russia’s Far East	Kirill Shamiev (Wien)
11. Februar, online	Filmabend und Podiumsdiskussion Майдан / Maidan (UKR 2014)	Sergej Loznitsa (Kiew)
22. April, online	Filmabend Belarusische Stimmen: Маршрут перестроен / Die Route wird neu berechnet (BLR 2020) OmeU	Maksim Shved (Minsk) Nina Weller (Frankfurt (Oder))
27. Mai, online	Filmabend Euphorie vor dem Prager Frühling: Filmmusical Starci na chmelu / Hopfenpflücker (CSSR 1964) OmU	Šárka Gmitterková (Prag)
10. Juni, online	Podiumsdiskussion Resistance on the Curriculum? Academic Protest in Hungary	Ágnes Fernengel (Budapest) Charlotte Drath (Berlin) Mátyás Endrey (Berlin) Tabea Roschka (München)
17. Juni, online	Vortrag Frauenstreik in Polen: Die Moralpolitik der PiS und die Abtreibungsproteste im medialen Diskurs	Laura Christoph (Berlin)
8. Juli, online	Online-Pubquiz Veranstaltung zum Abschluss des Themenjahres „Protest“	

Zweigstellen: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Bamberg / Erlangen		
29. Juni, online	Buchpräsentation Russia's Hero Cities. From Postwar Ruins to the Soviet Heroarchy	Ivo Mijnsen (Wien)
Bonn / Köln		
23. Juli, online	Podiumsdiskussion The Situation of Women and LGBTIQ+ in Poland. Perspectives on the Recent Women's Strike	Marta Bucholc (Warschau) Bożena Keff (Warschau) Mirosława Makuchowska (Warschau)
Dresden		
19.–24. Juli, online	Themenwoche Fokus Belarus – Proteste, Pläne, Potentiale	
22. Juli, Dresden	Podiumsdiskussion Für Putin oder für Nawalny – wie geht es weiter in Russland?	Horst Brezinski (Dresden) Karl-Heinz Schlarp (Dresden)
Düsseldorf		
28. Januar, online	Vortrag Tschernobyl. Lukaschenko. Belarusische Revolution 2020	Ekaterina Jadschenko (Minsk)
17. Juni, online	Vortrag Die Rolle von Gedenkorten in der politischen Krise 2020 von Belarus	Aliaksandr Dalhouski (Minsk)
Gießen / Marburg		
16. Februar, online	Podiumsdiskussion Belarus-Reisen. Empfehlungen aus der deutschen Wissenschaft	Gun-Britt Kohler (Oldenburg) Heinrich Kirschbaum (Freiburg) Thomas Bohn (Gießen)
27. April, online	Vortrag Webportal Dekoder.org – Russlandkompetenz online auf der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Journalismus	Leonid Klimov (Bremen)
25. Mai, online	Vortrag Vor dem Kult: Kriegsgedenken in der Sowjetunion 1945–1965	Mischa Gabowitsch (Potsdam)
22. Juni, online	Vortrag Die Territorialisierung in der Belarusischen Sozialistischen Sowjetrepublik (1918–1941) Die Geographismus-These	Diana Siebert (Gießen)

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
30. Juni, online	Vortrag Russischer Fußball und die EM – die Geschichte einer komplizierten Beziehung	Gleb Kazakov (Gießen)
Göttingen/Kassel		
19. Januar, online	Podiumsdiskussion Georgien - Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft	Nana Kharebava (Marburg) Ana Lolua (Tbilisi) Oliver Reisner (Tbilisi) Diana Bogishvili (Berlin) Bidzina Lebanidze (Jena) Liana Kupreishvili (Regensburg)
Mainz		
20. April, online	Vortrag Zwischen „Widerstand und Ergebung“. Die belarussische Gesellschaft nach den Präsidentenwahlen im Wandel	Alena Alshanskaya (Mainz)
4. Mai, online	Podiumsdiskussion Quo Vadis, Belarus?	Felix Ackermann (Warschau) Olga Shparaga (Minsk/Vilnius) Alena Alshanskaya (Mainz) Kooperationspartner: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
11. Mai, online	Vortrag Trinkwasser und Goldminen. Ökologische und wirtschaftliche Dimensionen des künftigen Friedens in Karabach	Elnura Jivazada (Berlin)
22. Juni, online	Vortrag Heldinnen der Arbeit und Bizneswomen. Der Frauenarbeitsdiskurs in Polen und seine Folgen in der langen Zeit der Transformation	Johannes Kleinmann (Frankfurt (Oder))
Oldenburg		
8. Februar, online	Vortrag Mapping the Spirit: The Geography of Hasidism	Marcin Wodziński (Breslau)
Tübingen		
10. Mai, online	Vortrag Außen- und Sicherheitspolitik der Republik Belarus: Konstanz oder Kehrtwende	Jakob Wöllenstein (Vilnius)

Publikationen

OSTEUROPA



Im Mittelpunkt des OSTEUROPA-Bandes 12/2020 „Bedrohlich. Staat und Mensch in Osteuropa“ stehen fünf Beiträge zum Fall Naval'nyj: zu seiner Rückkehr nach Russland, der Reaktion des Putin-Regimes sowie zu den Protesten. Lukas Latz informiert auf empirischer Basis über die von Russland verhängten Einreiseverbote. Daneben gibt es Studien zu den Folgen des Kriegs um Bergkarabach sowie zur prekären Lage der Pressefreiheit in Ungarn. Peter Oliver Loew beleuchtet die Stärken und Schwächen der deutschen Polenforschung. Andreas Kappeler bringt das Echo des Holodomors in der zeitgenössischen österreichischen Publizistik zu Gehör und Hans Günther zeigt, wie luzide zur gleichen Zeit Andrej Platonov in seiner Kurzprosa die Psychopathologie des Totalitarismus durchdrang.

Der Band hat 192 Seiten, enthält zwei Karten sowie 39 Abbildungen. DGO-Mitglieder erhalten ihn für 10,00 Euro (statt 15,00) zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Andreas Heinemann-Grüder

Das Naval'nyj-Paradoxon
Frontal attackiert, Regime konsolidiert

Marija Lipman

Aktive und Träger
Russlands Gesellschaft nach den Naval'nyj-Protesten

Irina Rastorgueva

Schwarze Spiegel
Politische Satire und Protestkultur in Russland

Ol'ga Romanova

„Auf Bajonetten kann man nicht sitzen“
Russlands Strafvollzug, der Fall Naval'nyj und Putins Sackgasse

Grigorij Ochotin

„Die Demonstranten sind keine Kinder!“
Russlands Unrechtsstaat und seine Gegner

Lukas Latz

Russland: „Einreise verboten!“
Der Staat, das Recht und die Willkür

BERGKARABACH

Otto Luchterhandt

Zeitenwende im Südkaukasus
Armeniens Niederlage im Krieg um Bergkarabach

Egbert Jahn

Aufgetaut und wieder eingefroren
Kontinuität und Wandel im Bergkarabach-Konflikt

Réka Kinga Papp

Abgeschaltet
Ungarns freie Medien und der Fall Klubrádió

Politische Repressionen auf der Krim Dokumentation

Andreas Kappeler

Das Echo des Holodomor
Die Hungersnot 1932/33 in der österreichischen Presse

Peter Oliver Loew

Leistungsfähig cum grano salis
Deutschsprachige Polenforschung: Ein Überblick

Hans Günther

Psychopathologie des Totalitarismus
Andrej Platonovs Mazedonischer Offizier und Der Müllwind

Manfred Sapper

Oskar Anweiler (1925–2020)
Ein Jahrhundertzeuge

Oskar Anweiler

„Mein Rätebuch kursierte als Raubdruck“
Eine tour d'horizon



Babyn Jar war das größte Einzelmassaker, das die Deutschen im Zweiten Weltkrieg verübten. Am 29. und 30. September 1941 erschossen Einsatzgruppen in Kiew 34 000 Menschen. Babyn Jar wurde zum Symbol für die Massenerschießungen von Juden. In Deutschland wurden diese Verbrechen lange verdrängt; die Sowjetführung versuchte die Information zu unterdrücken, dass die Opfer jüdisch waren. Das machte Babyn Jar zu einem umkämpften Erinnerungsort. Heute gibt es in der Ukraine Streit über das geplante Gedenkzentrum.

2021 jährt sich das Massaker von Babyn Jar zum 80. Mal. Der neue OSTEUROPA-Band 1–2/2021 „Babyn Jar. Der Ort, die Tat und die Erinnerung“ rekonstruiert das Verbrechen, analysiert die juristische Aufarbeitung, die erinnerungspolitischen Konflikte sowie die künstlerische Verarbeitung des Themas in Musik und Literatur.

Der Band hat 216 Seiten und enthält 67 Abbildungen. DGO-Mitglieder erhalten ihn für 14,00 Euro (statt 20,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

EDITORIAL

Umkämpfte Erinnerung

Bert Hoppe

Babyn Jar
Massenmord am Stadtrand

Franziska Davies

Babyn Jar vor Gericht
Juristische Aufarbeitung in der UdSSR und Deutschland

Karel C. Berkhoff

Aussage in der Heimat der Täter
Dina Proničeva im Callsen-Prozess

*Aussage der Zeugin Dina Proničeva, Kiew
Abschrift eines Auszugs aus dem Protokoll des
Darmstädter Prozesses*

*In der Grube den Fangschüssen entkommen
Erste russische Zeugin berichtet im Kommando-Prozeß
über das Massaker bei Kiew, Darmstädter Echo,
30. April 1968*

Vladyslav Hrynevč

Umkämpftes Gesichtsgelände
Babyn Jar als ukrainischer Erinnerungsort

Yohanan Petrovsky-Shtern

Ein Tag, der die Welt veränderte
Ukrainer, Juden und der 25. Jahrestag von Babyn Jar

Ivan Dzjuba

Wider den Hass
Rede zum 25. Jahrestag des Massakers von Babyn Jar

Darija Bad'jor

Streit um Babyn Jar
Gedenkzentrum oder Holocaust-Disneyland

Dorothea Redepenning

Töne der Erinnerung
Musikalische Deutungen von Babij Jar

Katja Petrowskaja

„Nach dem Massaker kam das Schweigen“
Ein Gespräch über Babyn Jar, das Familiengedächtnis
und die Hürden der Erinnerung

Kateryna Botanova

Ein Ort der Abwesenheit
Serhij Bukovs'kyjs Film Spell Your Name

Sonja Margolina

Ein Grab in den Lüften
Hommage an Anatolij Kuznecov



Der Band 3/2021 „Versteinerte Macht. Staatsgewalt in Russland, Belarus und Polen“ widmet sich dem anhaltenden Versuch der Regime in Belarus und Russland, die eigene Macht zu sichern und die Gesellschaft in ihrem Ringen um Freiheit und Mitbestimmung zu unterwerfen. Otto Luchterhandt zeigt dies am Missbrauch des Extremismusesetzes, Tatjana Vorozhejkina und Dmitrij Volkov rücken den Fall Naval'nyj in diesen Kontext. Das Autoren-Duo Gudkov & Levinson zeigt, wie der Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharov aus dem kollektiven Bewusstsein des Putinschen Russland weitgehend verdrängt ist. Roland Götz durchleuchtet die russischen Corona-Zahlen. Schließlich entwerfen Andreas Heinemann-Grüder und Nikolai Mitrokhin die Grundzüge für eine neue Russland-Politik.

Drei Studien über Polen, eine aus der Feder des gerade abgesetzten polnischen Bürgerrechtsbeauftragten Adam Bodnar über das Rechtsverständnis der PiS, eine zur Polarisierung der polnischen Politik und Gesellschaft sowie eine über die Kultur der politischen Karikatur runden das Heft ab.

Der Band hat 160 Seiten und enthält 32 Abbildungen. DGO-Mitglieder erhalten ihn für 11,00 Euro (statt 16,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Volker Weichsel

Rache als Politik
Die Radikalisierung des Lukašenka-Regimes

Otto Luchterhandt

Operation autoritäre Diktatur
Präsident Putins „Extremismusbekämpfung“

Tat'jana Vorozhejkina

Naval'nyj, die Politik und die Moral
Das Putin-Regime und die Gesellschaft

Denis Volkov

„Stirb gefälligst hier, wie wir!“
Aleksiej Naval'nyj in Russlands öffentlicher Meinung

Roland Götz

Russlands Pandemiepolitik
Maßnahmen und Ergebnisse

Lev Gudkov, Aleksej Levinson

Verfemt, verehrt, vergessen
Russlands Bild von Andrej Sacharov

Andreas Heinemann-Grüder, Nikolaj Mitrokhin

Für eine neue Russland-Politik
Ein Strategiepapier

Adam Bodnar

„Für meine Feinde das Gesetz“
Das Rechtsverständnis der PiS-Regierung in Polen

Jacek Raciborski

PiS und „Anti-PiS“
Blockbildung und Kulturkampf in Polen

Arkadiusz Łuba

Spitze Nadeln
Die polnische Kultur der politischen Karikatur

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030 / 30 10 45 -81 /-82.

OSTEUROPA-Recht



Das Heft 3/2020 behandelt am Beispiel Ungarn, Russland, Ukraine und Estland das Schwerpunktthema „Aktuelle Entwicklungen des Strafrechts in Osteuropa“. Das Strafrecht war bekanntlich zu sozialistischen Zeiten ein Repressionselement und ideologisch hoch aufgeladen. Letzteres konnte in den osteuropäischen Staaten im Kern relativ rasch, im Ergebnis aber nicht vollständig abgestreift werden. Ersteres ist auch nach 30 Jahren noch nicht überwunden. Im Gegenteil, es lassen sich wieder Rückfälle in alte Muster feststellen. Außerhalb des Schwerpunkts wird die Frage behandelt, welche Auswirkungen die Änderungen der russischen Verfassung 2020 auf die Verfassungsgerichtsbarkeit gehabt haben.

Inhalt

Herbert Küpper

Ungarns neues Strafgesetzbuch

Antje Himmelreich

(Fast) Ein Vierteljahrhundert russisches Strafgesetzbuch: Entstehung, Überblick, Entwicklung

Rainer Birke

Die Entwicklung des Strafrechts der Ukraine

Jan Sootak, Marju Luts-Sootak

Estlands Strafrechtsreform: Gang und Würdigung nach zwanzig Jahren

Bernd Wieser

Die Änderung der russischen Verfassung 2020 – Auswirkungen auf die Verfassungsgerichtsbarkeit



Das neue Religionsgesetz in Montenegro, das Anfang 2020 in Kraft getreten ist, hat Wellen des Protests in Parlament und Gesellschaft ausgelöst. Die Hintergründe und die Rechtsauffassung der Kritiker dieses Gesetzes, die hierin eine rechtswidrige Benachteiligung sehen, werden im Heft 4/2020 im Beitrag von Stojan Mićović ausführlich dargelegt. Die Umsetzung der Gleichbehandlungsrichtlinien der Europäischen Union in den Mitgliedstaaten ist Gegenstand der beiden folgenden Beiträge: Marcin Górski berichtet über den Umgang mit LGBTQI-Personen in Polen; Mari-Liis Viirsalu blickt auf Estland, wo mit dem Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter, dem Gleichbehandlungs- und dem Partnerschaftsgesetz wichtige Grundlagen geschaffen worden sind. Sergej Denisov kritisiert in seinem Beitrag den Gesetzespositivismus in Russland. Und Magdalena Jaś-Nowopolska beschäftigt sich mit den seit Ende 2018 eingeführten Mechanismen zur Verhinderung von Strompreiserhöhungen im Interesse der polnischen Verbraucher.

Inhalt

Stojan Mićović

An Example of the Principle of Cuius Regio, Eius Religio in the 21st Century – A Test of the Right to Property and Freedom of Religion in Montenegro and the Neutrality of the State

Marcin Górski

Application of EU Law on Equal Treatment in Poland. État de choses in 2020

Mari-Liis Viirsalu

Die Umsetzung der Gleichbehandlungsrichtlinien in Estland

Sergej Denisov

Methoden zur Erforschung des Staatsrechts Russlands und anderer Entwicklungsländer

Magdalena Jaś-Nowopolska

Auswirkung der letzten Gesetzesänderungen auf Energiepreise für Haushalte in Polen

Bogdan Shvets

Unwirksamkeit der Rechtsgeschäfte aufgrund eines Willensmangels – Ein kurzer deskriptiver Überblick über die ukrainische Praxis



Das Heft 1/2021 widmet sich der russischen Verfassungsreform aus dem Jahr 2020. Ein wesentliches Ziel der Reform war es, die Beschränkung der Amtszeiten für den amtierenden Präsidenten Vladimir Putin aufzuheben. Die Beiträge des Hefts dokumentieren allerdings, dass die verabschiedete Verfassungsreform weit über diesen Beschluss hinausgeht und eine umfassende Bewertung der Reform erst mit der Analyse der geänderten einfachen Gesetze möglich ist. Um deutliche Widersprüche im Text, aber auch um die Reform in ihrer ganzen Breite zu dokumentieren, enthält das Heft eine komplette Übersetzung der Verfassung, die, wie die anderen Beiträge, auch online abrufbar ist. Das Heft enthält außerdem einen Aufsatz von Johannes Socher über Russland und das Selbstbestimmungsrecht der Völker im postsowjetischen Raum. Der Artikel basiert auf der Dissertationsschrift für die Socher im März 2021 mit dem Klaus-Mehnert-Preis der DGO ausgezeichnet wurde.

Inhalt

Johannes Socher

Russland und das Selbstbestimmungsrecht der Völker im postsowjetischen Raum

Oľga Krjačková

Die Bedeutung der russischen Verfassungsreform des Jahres 2020 für die Verfassungsgerichtsbarkeit

Caroline von Gall

Präsident, Regierung und Staatsrat – Die einfachgesetzliche Umsetzung der russischen Verfassungsreform

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag:
abo@nomos.de.

Einzelhefte der OSTEUROPA-Recht kosten 21,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00) zzgl. Versandkosten.

Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.

Belarus-Analysen

Nr. 54 (05.04.2021)
Die Folgen der politischen Krise in Belarus für die Wirtschaft
Belaruspolitik der EU

Nr. 55 (30.04.2021)
Covid-19 in Belarus

Polen-Analysen

Nr. 268 (19.01.2021)
Regierung und Opposition Anfang 2021

Nr. 269 (01.02.2021)
Der Medienmarkt in Polen I

Nr. 270 (15.02.2021)
Der Medienmarkt in Polen II

Nr. 271 (16.03.2021)
Oberschlesien im sozio-ökonomischen Wandel

Nr. 272 (13.04.2021)
Die deutsch-polnischen Handelsbeziehungen

Nr. 273 (20.04.2021)
Das polnische Gesundheitswesen

Nr. 274 (04.05.2021)
Die drei schlesischen Woiwodschaften

Nr. 275 (18.05.2021)
Digitalisierung in Polen

Nr. 276 (01.06.2021)
30 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag

Nr. 277 (15.06.2021)
30 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag II

Nr. 278 (06.07.2021)
Pandemie und Pandämonium – Erschütterungen der politischen Bühne in Polen während der Corona-Krise

Russland-Analysen

Nr. 396 (21.01.2021)
Visadialog zwischen der EU und Russland

Nr. 397 (08.02.2021)
Söldner im Dienst von Russland
Elite-Ranking 2020
Proteste nach Nawalnyjs Rückkehr

Nr. 398 (19.02.2021)
Digitale Diplomatie

Nr. 399 (09.03.2021)
Stadtentwicklung
Deutsch-Russische Wirtschaftsbeziehungen

Nr. 400 (27.03.2021)
Übersterblichkeit

Nr. 401 (19.04.2021)
60 Jahre Gagarin: Raumfahrt
Das russische Strafvollzugssystem

Nr. 402 (14.05.2021)
Atomenergie
Die Botschaft des Präsidenten

Nr. 403 (08.06.2021)
Duma-Wahlen
Repressionen

Nr. 404 (24.06.2021)
Wirtschaftliche Schocks

Ukraine-Analysen

- Nr. 245 (29.01.2021)
Menschenrechte
- Nr. 246 (17.02.2021)
Energiewirtschaft
- Nr. 247 (05.03.2021)
Vertrauen und Korruption
- Nr. 248 (13.03.2021)
Steuerpolitik
- Nr. 249 (30.03.2021)
Ein Jahr Covid-19
- Nr. 250 (28.04.2021)
Ukraine-Forschung in Deutschland
- Nr. 251 (17.05.2021)
Außenpolitik
Beziehungen Ukraine-Türkei
Donbas
- Nr. 252 (04.06.2021)
Zwischenfazit: zwei Jahre Selenskyj
- Nr. 253 (14.06.2021)
Ukrainische Care-Migrantinnen in Deutschland
Arbeitsmarkt unter Covid-19

Zentralasien-Analysen

- Nr. 145 (29.01.2021)
Vorgezogene Präsidentschaftswahl und Referendum zur Bestimmung der Regierungsform in Kirgistan
Parlamentswahlen in Kasachstan
- Nr. 146 (06.04.2021)
Häusliche Gewalt gegen Frauen in Kirgistan
- Nr. 147 (14.06.2021)
Iranisch-usbekische Zusammenarbeit
Verfassungsreferendum in Kirgistan
Grenzkonflikt zwischen Kirgistan und Tadschikistan

Russian Analytical Digest

- Nr. 263 (09.02.2021)
Social Inequality
- Nr. 264 (22.02.2021)
Agriculture
- Nr. 265 (19.03.2021)
Russia's Relations with China
- Nr. 266 (08.04.2021)
Preparing for the Parliamentary Elections of 2021: Russian Politics and Society
- Nr. 267 (12.04.2021)
Nord Stream II
- Nr. 268 (06.05.2021)
The State of the Russian Economy
- Nr. 269 (27.06.2021)
Russia and the Arctic
- Nr. 270 (04.07.2021)
Russia-Turkey Relations

Mitglieder

Protokoll der Mitgliederversammlung

25. März 2021
von 16.00 bis 19.00 Uhr,
Online (Zoom)

Protokoll: Gabriele Freitag

1. Begrüßung und Verabschiedung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 5. März 2020

Der Präsident der DGO, Ruprecht Polenz, begrüßte die anwesenden Mitglieder. Er stellte fest, dass die Einladung zur Mitgliederversammlung fristgemäß an die Mitglieder versandt wurde und fragte, ob es Wünsche zur Änderung der Tagesordnung gäbe. Dies war nicht der Fall.

Ruprecht Polenz bat um ein kurzes Gedenken an die Mitglieder, die im Jahr 2020 verstorbenen sind oder von deren Tod die DGO im letzten Jahr erfahren hat.

Dr. Sven Singhofen,
verstorben am 22. Dezember 2019

Prof. Dr. Oskar Anweiler,
verstorben am 31. Oktober 2020

Prof. Dr. Eberhard Schulz,
verstorben am 27. November 2020

Im Anschluss daran bat er um Verabschiedung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung, das im Rundbrief 1/2020 der DGO veröffentlicht wurde. Es gab keine Änderungswünsche seitens der Mitglieder. Das Protokoll wurde mit 100 Ja-Stimmen und 18 Enthaltungen verabschiedet.

2. Tätigkeits- und Finanzbericht für das Jahr 2020

Den Mitgliedern wurden vor der Mitgliederversammlung die Rundbriefe 1+2/2020 sowie der Finanzbericht für das Jahr 2020 per Mail zugesendet.

Die Geschäftsführerin der DGO, Gabriele Freitag, berichtete über die Veranstaltungen der Geschäftsstelle im vergangenen Jahr vor dem Hintergrund der notwendigen Umstellungen aufgrund der Pandemie Covid-19. Einen besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit legte die DGO auf die gesellschaftlichen Proteste in Belarus nach den manipulierten Präsidentschaftswahlen sowie deren Folgen. Neben Veranstaltungen und Solidaritätsaufrufen richtete die DGO ein Soforthilfeprogramm für politisch verfolgte Studierende und Wissenschaftler*innen ein. Die DGO verstärkte im vergangenen Jahr auch ihre Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der sozialen Medien. Dazu zählten die Freischaltung einer internen Plattform ebenso wie die Einrichtung eines Twitter-Accounts der Geschäftsstelle.

Die Sprecherin der Jungen DGO, Josephine Doll, berichtete über die Aktivitäten der Jungen DGO, insbesondere über die unterschiedlichen Veranstaltungsformate, das Mentoringprogramm und die Unterstützung der Geschäftsstelle im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sowie über die Einrichtung von fünf Regionalgruppen. Die Aktivitäten der Jungen DGO wirken sich sehr positiv auf die Mitgliederstatistik aus. So traten 2020 im zweiten Jahr in Folge mehr als 80 Personen in die DGO ein.

Der Chefredakteur der Zeitschrift OSTEUROPA, Manfred Sapper, berichtete über die Arbeit der Redaktion OSTEUROPA, vor allem über die Themenschwerpunkte zu den Auswirkungen der Pandemie im östlichen Europa, zu Klimawandel und Meeresstrategien – als Ergebnis der letzten Jahrestagung – sowie zu den Entwicklungen in Belarus. Neben der Zeitschrift dokumentiert die Redaktion aktuelle Entwicklungen im östlichen Europa auch in einem Blog auf ihrer Website. Mit Blick auf die zunehmend autoritären Entwicklungen in Russland wies Manfred Sapper darauf hin, dass russische Autor*innen der Zeitschrift zunehmend Angst vor der Stigmatisierung als „ausländische Agenten“ hätten.

Vorstandsmitglied, Caroline von Gall, berichtete über die Arbeit der Redaktion OSTERUROPA-Recht.. Jenseits der großen politischen Fragen analysierte die Zeitschrift im vergangenen Jahr auch Entwicklungen im Bereich von Zivil- und Strafrecht. Caroline von Gall verwies außerdem darauf, dass die juristische Expertise in Deutschland zu Rechtsentwicklungen im östlichen Europa zunehmend schwinde. Dies zeige sich auch im Fall der mangelnden Berichterstattung über den Fall Navalnyj.

Jan Kusber trug als geschäftsführendes Vorstandsmitglied den Finanzbericht für das Jahr 2020 vor. Die Einnahmen entsprachen den im Wirtschaftsplan gemachten Ansätzen. Höhere Ausgaben bei einzelnen Positionen konnten durch Einsparungen bei anderen Positionen gedeckt werden.

3. Bericht der von der Mitgliederversammlung bestellten Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2020

Grundlage des Berichts war die Rechnungsprüfung durch Christian Meier und Manuela Troschke am 17. März 2021. Christian Meier kam dazu in die Geschäftsstelle der DGO, Manuela Troschke schaltete sich per Zoom zu.

Manuela Troschke trug den Bericht der Rechnungsprüfer vor und stellte fest, dass die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in Übereinstimmung mit dem Zweck der Gesellschaft und eine sachgerechte Verbuchung der Mittel erfolgt seien. Die Einnahmen und Ausgaben hielten sich in dem vom Wirtschaftsplan vorgegebenen Rahmen. Der Jahresabschluss war sehr zufriedenstellend. Positiv hervorgehoben wurde auch die sehr gute Drittmittelbilanz. Die Mitgliederzahl entwickelte sich auch im Jahr 2020 sehr positiv. Die schriftlichen Kommentare und Begründungen zu einzelnen Vorgängen belegten die Transparenz der Buchhaltung.

Die Rechnungsprüfer betonten, dass das ehrenamtliche Engagement der Vorstandsmitglieder der Entwicklung und Erhaltung der DGO sehr zugute komme. Sie schlugen die Entlastung des Vorstands vor.

4. Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht

Aufgrund einer unvorhersehbaren zwischenzeitlichen Abwesenheit von Ruprecht Polenz übernahm Jan Kusber als Vizepräsident die Versammlungsleitung und forderte die Mitglieder zur Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht auf.

Gefragt wurde nach möglichen Nachteilen der DGO aus den aktuellen Finanzproblemen der deutsch-belarussischen Gesellschaft, der die DGO als institutionelles Mitglied angehört. Gabriele Freitag verwies darauf, dass nach aktuellem Stand keine Haftungsprobleme für die DGO zu erwarten seien.

5. Entlastung des Vorstands

Mit Bezug auf den Vorschlag der Rechnungsprüfer bat Jan Kusber um Abstimmung über die Entlastung des Vorstands. Die Entlastung des Vorstands wurde bei Enthaltung des Vorstands mit 122 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 15 Enthaltungen beschlossen.

6. Bestellung der Rechnungsprüfer für das Haushaltsjahr 2021

Jan Kusber teilte mit, dass Christian Meier und Manuela Troschke bereit seien, auch für das Jahr 2021 die Rechnungsprüfung zu übernehmen.

Die Mitglieder wählten Christian Meier und Manuela Troschke bei Enthaltung der Rechnungsprüferin einstimmig zu den Rechnungsprüfern für das Haushaltsjahr 2021.

7. Mitgliedsbeiträge

Jan Kusber teilte mit, dass die Sprecherin und der Sprecher der Jungen DGO eine Anpassung der Mitgliedsbeiträge für Promovierende an die reduzierten Mitgliedsbeiträge für Studierende vorschlagen. Er verwies darauf, dass der Vorstand diesen Vorschlag unterstützt, da viele Promovierende keine feste Finanzierung haben.

Die Mitglieder stimmten dem Vorschlag zur Angleichung der Beitragssätze von Promovierenden an die Beitragssätze von Studierenden mit 120 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen zu.

8. Fachgruppen und Fachtagungen 2021

Für das Jahr 2021 sind vier Fachtagungen geplant:

Fachtagung Religion:

[Anti-Genderism in Central and Eastern Europe – A Question of Religion?](#)

Online, 21.–22.04.2021;

Kooperationspartner: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien;

verantwortlich: Thomas Bremer, Regina Elsner

Fachtagung Politik- und Sozialwissenschaften:

[Isolated, hostile, or integrated: Competing perspectives on Russia in the international and transnational sphere](#)

[Anmerkung zum Protokoll: das Thema der Fachtagung wurde inzwischen geändert]

Berlin oder online, 6.–7.10.2021;

Kooperationspartner: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien;

verantwortlich: Timm Beichelt, Evelyn Moser

Fachtagung Geschichte:

[Authority and Medical Expertise](#)

[Health as a Social Good and Political Argument in Eastern Europe, Russia and beyond](#)

Marburg oder online, 20.–21.10.2021;

Kooperationspartner: Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung;

verantwortlich: Heidi Hein-Kircher, Julia Obertreis

Fachtagung Literatur- und Kulturwissenschaft

[Jenseits der Nostalgie.](#)

[Neuaneignungen des Spätsozialismus in osteuropäischen Gegenwartskulturen](#)

Berlin oder online, 11.–12.11.2021;

Kooperationspartner: Zentrum für Literatur- und Kulturforschung;

verantwortlich: Christine Gölz, Riccardo Nicolosi

9. Jahrestagung 2022

Jan Kusber berichtete, dass der Vorstand vorschlägt, die nächste Jahrestagung in Bonn abzuhalten. Themenvorschläge werden gerne entgegengenommen. Der Vorstand wird in seiner Sitzung im Juni über die Jahrestagung beraten.

Seitens der Mitglieder wurden folgende Themenvorschläge gemacht: Menschen- und Aufenthaltsrechte im östlichen Europa; Migration aus dem östlichen Europa; autoritäre Regimedynamiken in Osteuropa im Vergleich; Klimawandel und die Teilnahme osteuropäischer Staaten am Green New Deal.

10. Wahl des Präsidenten und des Vorstands

Jan Kusber teilte mit, dass alle Vorstandsmitglieder erneut für den Vorstand kandidieren. Er wies darauf hin, dass die Mitglieder im Vorfeld aufgefordert wurden, eigene Kandidaturen zu melden oder andere Personen für die Wahl vorzuschlagen. Bei der Geschäftsstelle gingen keine weiteren Kandidaturen ein.

Jan Kusber schlug vor, Jörg Stadelbauer zum Wahlleiter zu wählen. Es gab keine weiteren Vorschläge für das Amt der Wahlleitung. Die Mitglieder stimmten der Wahl mit 122 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen zu.

Jörg Stadelbauer erklärte das Procedere der Wahl.

Zur Wiederwahl stellte sich als Präsident: Ruprecht Polenz.

Für den Vorstand stellten sich zur Wiederwahl: Sabine Fischer, Caroline von Gall, Jan Kusber, Alexander Libman, Bärbel Schmidt-Sakic, Gwendolyn Sasse, Michael Thumann, Anja Tippner, Susann Worschech.

Die Wahl des Präsidenten und des Vorstands erfolgten geheim über das Online-Portal Polyas.

11. Bestandsaufnahme Osteuropaforschung

Jan Kusber erläuterte, dass die DGO es als ihre Aufgabe betrachtet in regelmäßigen Abständen die personelle Ausstattung der Osteuropaforschung in Deutschland in den unterschiedlichen Disziplinen zu überprüfen. Ziel ist es, sicherzustellen, dass an den Universitäten eine angemessene Ausstattung zur Verfügung steht, um notwendige wissenschaftliche Expertise zu generieren und um die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sicher zu stellen. Im Jahr 2020 hat Alexander Libman, Mitglied des Vorstands, die Federführung für die Konzeption und Betreuung dieser Bestandsauf-

nahme übernommen. Die Erstellung der Bestandsaufnahme übernahm der Student Niklas Platzer.

Aus der Diskussion im Vorstand über die Verwertung der Ergebnisse entstand außerdem die Idee, auch eine Bedarfsanalyse über Osteuropaexpertise im akademischen und außerakademischen Bereich zu erstellen. Susann Worschech, ebenfalls Mitglied des Vorstands, hat die Aufgabe übernommen, gemeinsam mit Studierenden ein Konzept für die Bedarfsanalyse zu erarbeiten und durchzuführen.

Alexander Libman und Susann Worschech stellten die Ergebnisse bzw. Zwischenergebnisse ihrer Arbeit zur Diskussion.

Alexander Libman wies darauf hin, dass die Zahl der Professuren mit Denomination Osteuropa in fast allen Disziplinen wie auch in früheren Bestandsaufnahmen weiter rückläufig ist. In fast allen Disziplinen wird Forschung zum östlichen Europa vornehmlich von Wissenschaftler*innen ohne spezielle Denomination Osteuropa durchgeführt. Dabei findet kaum Forschung zum Kaukasus und zu Zentralasien statt. Die stärksten Disziplinen wie die Geschichtswissenschaft und die Slavistik generieren auch die meisten Promovierenden. Die zentralen Fragen, die sich aus der Bestandsaufnahme ergeben, fasste Alexander Libman folgendermaßen zusammen: Ist die Denomination „Osteuropa“ jenseits der Geschichts- sowie Sprach- und Literaturwissenschaften noch zu retten? Anhand welcher Kriterien lässt sich für einzelne Wissenschaftler*innen der Forschungsschwerpunkt Osteuropa definieren? Ist der Fokus auf Osteuropa und Ostmitteleuropa auf Kosten von Kaukasus und Zentralasien alternativlos? Muss Osteuropa primär an den Universitäten betrieben werden?

Susann Worschech erläuterte das Ziel der Bedarfsanalyse, Defizite in der Generierung von Expertise zum östlichen Europa aufzuzeigen: Welche Art von Osteuropa-Expertise wird in Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Medien, Kultur und Wissen-

schaft benötigt? Welche Kompetenzen sollten Absolvent*innen mitbringen?. Die untersuchte Expertise umfasst sowohl Fachwissen als auch lebensweltliches Wissen über informelle Gesellschaftsstrukturen. Gefragt wird auch nach dem Potential interdisziplinärer Expertise. Die Analyse basiert auf einer explorativen Online-Befragung sowie qualitativen Interviews.

Folgende Meinungen kamen in der anschließenden Diskussion zur Sprache:

Osteuropaexpertise kann nicht mehr in nationalen Grenzen gedacht werden. Die Generierung, der Austausch und die Nachfrage finden außerdem nicht nur auf institutioneller Ebene statt. Obwohl die ostmitteleuropäischen Länder inzwischen Teil der Europäischen Union sind, werden sie in den European Studies bisher kaum berücksichtigt.

Die Folgen der Abschaffung der Area Studies nach 1990 schlagen sich in der Bestandsaufnahme deutlich nieder. Osteuropawissenschaftler*innen in allen Disziplinen sollten sich dieser Entwicklung entgegenstellen. Wichtig wäre vor allem der Aufwuchs der Osteuropaexpertise in den Politikwissenschaften, um neue Ansätze in die Welt zu bringen. Kontrovers diskutiert wurde allerdings, ob institutionelle Strukturen relevant sind, um Expertise sicherzustellen, zumal derartige Strukturen auch wettbewerbsverzerrend sein können. Gute Wissenschaftler*innen würden es immer schaffen, in ihrem Arbeitsbereich osteuroparelevante Forschung zu betreiben.

In der qualitativen Forschung besteht ein allgemeiner Konsens darüber, dass die Expertise der Area Studies relevant ist. Wie weit die länderbezogene Expertise in den quantitativ ausgerichteten Sozialwissenschaften relevant ist, blieb umstritten. Der Meinung, dass Ansätze quantitativ arbeitender Forschung zum östlichen Europa ohne die länderkundliche Expertise häufig naiv wirkten, stand die Meinung gegenüber, dass die Area Studies teilweise problematische Deutungsmuster generierten.

Kontrovers war auch die Frage, wie weit die wissenschaftlich generierte Expertise überhaupt abgefragt wird und ob sich daraus eine Daseinsberechtigung für die Wissenschaft ableiten lasse. Die Erfahrung zeige, dass Wissenschaft und Praxis häufig Parallelwelten ohne Schnittmenge sind. Deshalb wäre es wichtig, auch die Fachhochschulen in eine Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse einzubeziehen. Konsens herrschte darüber, dass der Bedarf in der Politik und den Medien nach Hintergrundwissen groß ist. Ob sich aus diesem Bedarf eine unmittelbare Existenzberechtigung universitärer Forschung ableiten lasse und wie weit Grundlagenforschung ohne Praxisbezug eine Berechtigung hat, blieb in der Diskussion umstritten.

12. Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Karrierewege junger Wissenschaftler*innen

Der Sprecher der jungen DGO, Alexander Mishnev, wies einleitend darauf hin, dass Studierende, vor allem aber Promovierende von den Auswirkungen der Pandemie besonders stark betroffen sind. Die Forschungsförderung reagiere wenig flexibel und ohne klare Kommunikation auf pandemiebedingte Verzögerungen im Zeitplan wissenschaftlicher Projekte. Auch bei Abschluss- und Qualifikationsarbeiten sei unklar, wie weit sich die Bestimmungen aufgrund der Pandemie änderten. Zudem litten gerade junge Wissenschaftler*innen unter dem erschwerten wissenschaftlichen Austausch.

Seitens der Mitglieder kam der Appell an wissenschaftliche Betreuer*innen, die prekäre Situation und die daraus resultierenden Ängste junger Wissenschaftler*innen ernst zu nehmen. Die Probleme gingen über die Finanzierung weit hinaus. Auch die psychologischen Folgen für Studierende und Promovierende, die in zunehmender Isolation arbeiten müssten, seien gravierend. Wichtig seien pragmatische Lösungen, damit Karrierewege nicht verzögert werden.

Darüber hinaus kam der Hinweis, dass die pandemiebedingten Probleme in der Feldforschung alle Wissenschaftler*innen betreffen. Darunter litten auch internationale Kooperationen im Wissenschaftsbe- reich. Sinnvoll wäre die Einrichtung eines Sonderfonds für Projekte, die aufgrund der Pandemie ausgesetzt werden müssen oder sich erheblich verzögern.

13. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Der ursprüngliche TOP 14 wurde vorgezogen. Jörg Stadelbauer gab als Wahlleiter das Ergebnis der Auszählung der Stimmen bekannt:

Die Mitglieder stimmten der Wahl des Präsi- denten Ruprecht Polenz mit 116 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen zu.

Ruprecht Polenz bedankte sich für das ihm ge- genüber ausgesprochene Vertrauen.

In den neuen Vorstand wurden weiterhin gewählt:

- Dr. Sabine Fischer (117 Stimmen)
- Prof. Dr. Jan Kusber (115 Stimmen)
- Prof. Dr. Caroline von Gall (109 Stimmen)
- Prof. Dr. Alexander Libman (107 Stimmen)
- Prof. Dr. Gwendolyn Sasse (105 Stimmen)
- Prof. Dr. Anja Tippner (103 Stimmen)
- Michael Thumann (101 Stimmen)
- Dr. Susann Worschech (101 Stimmen)
- Bärbel Schmidt-Sakic (88 Stimmen)

Alle gewählten Personen nahmen die Wahl an. Der Wahlleiter beglückwünschte den Präsi- denten und die gewählten Vorstandsmitglieder.

14. Verleihung des Klaus-Mehnert-Preises

Ruprecht Polenz, der die Sitzungsleitung wieder über- nahm, informierte darüber, dass 2020 insgesamt 15 Arbeiten aus sieben Disziplinen für den Klaus-Mehnert-

Preis eingereicht worden waren. Die Arbeiten wurden in einem mehrstufigen Verfahren im Vorstand gesichtet.

Der Vorstand entschied, den diesjährigen För- derpreis der DGO an Johannes Socher für seine Dissertation „Russia and the Right to Self-Determi- nation in the Post-Soviet Space“ zu vergeben.

Die Laudatio hielt Caroline von Gall. Ruprecht Po- lenz dankte der Klaus-Mehnert-Gedächtnis-Stiftung, die auch im Jahr 2021 das Preisgeld stiftet. Andreas Steininger, Mitglied im Vorstand der Klaus-Mehnert-Ge- dächtnis-Stiftung, gratulierte dem Preisträger. Johannes Socher wies in seiner Danksagung darauf hin, dass ein Aufsatz in der Zeitschrift OSTEUROPA sowie eine Tagung der DGO-Fachgruppe Recht in Köln wichtige Anregungen für das Thema seiner Doktorarbeit lieferten.

15. Verschiedenes

Es wurden keine weiteren Punkte behandelt.

Der Präsident Ruprecht Polenz schloss die Versammlung um 19:00 Uhr und lud alle Mitglieder zu einem anschließenden informellen virtuellen Treffen über die Plattform Wonder sowie zur Online- Jahrestagung am folgenden Tag zum Thema „Verflechtungen und Abhängigkeiten. China – Östliches Europa – Europäische Union“ ein.

Klaus-Mehnert-Preis



Zusammenfassung: Johannes Socher

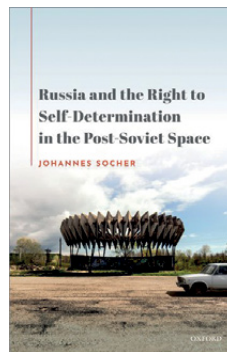
Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist berüchtigt für seine fehlende klare Auslegung. Grob gesagt lässt sich zwischen einer „klassischen“ und einer „romantischen“ Tradition unterscheiden. Das moderne Völkerrecht sucht den Ausgleich zwischen diesen beiden gegensätzlichen Traditionen durch die Eindämmung oder „Domestizierung“ der romantischen Variante, indem sie ihre Anwendung auf koloniale Situationen im Sinne der „Unterwerfung von Völkern unter fremde Unterjochung, Herrschaft und Ausbeutung“ beschränkt, wie es in der Prinzipien Deklaration und anderen Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen heißt.

Die in englischer Sprache verfasste Arbeit verortet Russlands Ansatz gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in dieser Debatte. Sie zeigt, dass Russland einen eigenen, idiosynkratischen Ansatz verfolgt, der deutlich vom Konsens in der internationalen Staatenpraxis und Lehre abweicht, was zumindest teilweise mit einem bleibenden Erbe der ehemaligen sowjetischen Völkerrechtsdoktrin erklärt werden kann.

Vor dem Hintergrund der historischen Vorreiterrolle der Sowjetunion bei der Kodifizierung des Selbstbestimmungsrechts als völkerrechtlichem Prinzip bei gleichzeitiger Pervertierung im eigenen Einflussbereich (Stichwort: „Breschnew-Doktrin“) untersucht der Großteil der Arbeit die relevante Staatspraxis der Russischen Föderation im postsowjetischen Raum. Anhand einer Analyse aller sieben großen Sezessions-

sionskonflikte auf dem ehemaligen Gebiet der Sowjetunion (Tatarstan; Tschetschenien; Bergkarabach; Transnistrien; Südossetien; Abchasien; die Krim) und einer detaillierten Untersuchung russischer Quellen und Literatur wird nachvollzogen, wie sich Russlands Ansatz gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht der Völker über die letzten drei Jahrzehnte entwickelt hat.

Zugespitzt formuliert lautet das zentrale Argument der Arbeit, dass Russlands Ansatz gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht auf eine als rechtliche Rhetorik getarnte Machtpolitik reduziert werden sollte, sondern als Ausdruck eines anhaltenden Hegemonialanspruchs im postsowjetischen Raum verstanden werden kann, basierend auf nach wie vor bestehenden Vorstellungen über die Notwendigkeit eines Gleichgewichts der Kräfte. Die Arbeit versteht sich damit als ein Beitrag zur grundsätzlicheren Debatte über vergleichende Aspekte und einer sich abzeichnenden regionalen Fragmentierung des Völkerrechts.



Die Arbeit ist bei Oxford University Press erschienen unter dem Titel [Russia and the Right to Self-Determination in the Post-Soviet Space](https://global.oup.com/academic/product/russia-and-the-right-to-self-determination-in-the-post-soviet-space-9780192897176): <https://global.oup.com/academic/product/russia-and-the-right-to-self-determination-in-the-post-soviet-space-9780192897176>

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse in deutscher Sprache ist im Heft 1/2021 der Zeitschrift „Osteuropa-Recht“ erschienen: www.nomos-elibrary.de/10.5771/0030-6444-2021-1/

Auszug aus der Laudatio

[...] Der Preis wird verliehen für Johannes Sochers Dissertationsschrift „Russia and the Right to Self-Determination in the Post-Soviet Space“, die von den Völkerrechtlern Karl-Peter Sommermann an der Universität Speyer und Anne Peters, Direktorin am Max-Planck-Institut für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht in Heidelberg, betreut und mit summa cum laude bewertet wurde. [...] Die mit dem Preis gewürdigte Dissertationsschrift geht der Frage nach, inwieweit Russland im postsowjetischen Raum einen eigenen völkerrechtlichen Ansatz mit Blick auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verfolgt.[...]

Ausgangspunkt ist die vor allem in den letzten Jahren in der westlichen Debatte vorausgesetzte, aber kaum diskutierte Grundannahme, das Völkerrecht sei seinem Wesen nach international oder gar universell, wie dies auch sein Name deutlich macht. Diese Annahme wurde ohne Zweifel durch die Erfahrungen des Endes des Kalten Krieges, der vermeintlichen Ausbreitung des universellen völkerrechtlichen Menschenrechtsschutzes, eines entsprechenden liberalen Völkerrechtsverständnisses und den damit verbundenen zukunftspositiven Hoffnungen oder auch Utopien befeuert. Die Hoffnungen auf die Universalität des Völkerrechts führten dazu, dass regionale Unterschiede auch wissenschaftlich zu einem blinden Fleck wurden.

Dabei wusste die deutsche Ostrechtsforschung selbstverständlich schon lange, dass regionale oder im Kalten Krieg eben systembedingte Unterschiede im Völkerrechtsdenken unterschiedlicher Regionen oder politischer Systeme vorherrschen können. Johannes Socher gelingt es auf wunderbare Weise, die alten Erkenntnisse der deutschen Forschung zum sowjetischen Völkerrechtsdenken mit den aktuellen Fragen der global

ausgerichteten Völkerrechtswissenschaft zu verweben und auf dieser Grundlage neue Antworten zu geben. Die zentrale Frage in Sochers Dissertation nach einem eigenen russischen Zugang zum Völkerrechtsdenken heute liegt der Überlegung zugrunde, dass die sowjetische Völkerrechtsdoktrin in Russland im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht im postsowjetischen Raum ein bleibendes Erbe hinterlassen haben könnte. [...] Neben der Bereitschaft, die Theorien an die offizielle staatliche Position anzupassen, arbeitet Socher auch ein inhaltliches Anknüpfen an die sowjetische Lehre und dabei eine regionale Fragmentierung des Völkerrechts in der Konzeption des Selbstbestimmungsrechts mit einer hohen Bedeutung des Staates und der staatlichen Souveränität, wie aber auch in der Unterscheidung zwischen Sachverhalten innerhalb der Russischen Föderation und im Hinblick auf den post-sowjetischen Raum heraus. [...]

Die Arbeit liefert insofern nicht nur spannende und überzeugende Antworten auf die gestellten Fragen, sondern auch reiche Anregungen für weitergehende Debatten. Die in jeder Hinsicht herausragende Arbeit schließt auf jeden Fall eine leider bisher breite Forschungslücke zu einer Frage von hoher politischer Relevanz angesichts der in der Regel nicht gelösten Konflikte. Es ist ein besonderer Verdienst der Arbeit, dass sie dabei überzeugend an grundlegende Debatten der Mutterdisziplin, der Völkerrechtswissenschaft anknüpft und Antworten liefert, gleichzeitig aber auch viel Material für andere Disziplinen liefert, den russischen Staat erklärt und auch für Praktiker sehr gut und spannend lesbar ist. Auch aufgrund dieser Vielseitigkeit ist die Arbeit exzellent geeignet für den Klaus-Mehnert-Preis der DGO.

Caroline von Gall, Köln

Veröffentlichungen

Baller, Oesten (Hg.): [Violent Conflicts, Crisis, State of Emergency, Peacebuilding. Constitutional Problems, Amendments and Interpretation](#). Recht, Sicherheit und Verwaltung in internationaler Perspektive Bd. 6. Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019.

Beger, Kathleen: Erziehung und „Unerziehung“ in der Sowjetunion. [Das Pionierlager Artek und die Archangelsker Arbeitskolonie im Vergleich](#). V&R, Göttingen 2020.

Bingen, Dieter / **Lengemann**, Simon (Hgs.): [Deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945. Eine Leerstelle deutscher Erinnerung?](#) Schriftenreihe bpb, Band 10398, Bonn 2019.

Böhler, Jochen / **Borodziej**, Włodzimierz / **von Puttkamer**, Joachim (Hgs.): [Dimensionen der Gewalt. Ostmitteleuropa zwischen Weltkrieg und Bürgerkrieg 1918–1921](#). Zeitgeschichte im Gespräch Bd. 30. Metropol-Verlag, Berlin 2020.

Balme, Christopher / **Dogramaci**, Burcu / **Hilgert**, Christoph / **Nicolosi**, Riccardo / **Renner**, Andreas (Hgs.): [Culture and Legacy of the Russian Revolution. Rhetoric and Performance – Religious Semantics – Impact on Asia](#). Frank & Timmer, Berlin 2021.

Boeckh, Katrin / **Schon**, Dietmar (Hg.): [Der Blick auf den Anderen. Katholisch-Orthodoxe Selbst- und Fremdwahrnehmung](#). Pustet, Regensburg 2021.

Bohn, Thomas M. / **Rutz**, Marion: [Belarus-Reisen. Empfehlungen aus der deutschen Wissenschaft](#). Harrassowitz Verlag, Wiesbaden, 2020.

Gabowitsch, Mischa: [Pamjatnik i prazdnik: etnografija Dnja Pobedy](#). Nestor-Istorija, Sankt Petersburg 2020.

Hein-Kircher, Heidi / **Gantner**, Eszter / **Hochadel**, Oliver (Hgs.): [Interurban Knowledge Exchange in Southern and Eastern Europe, 1870–1950](#). London u. a. : Routledge 2020.

Jahn, Hubertus: [Identities and Representations in Georgia from the 19th Century to the Present](#). Schriften des Historischen Kollegs, 103. De Gruyter, Oldenbourg 2021.

Mijnssen, Ivo: [Russia's Hero Cities. From Postwar Ruins to the Soviet Heroarchy](#). Indiana University Press, Bloomington Indiana 2021.

Nicolosi, Riccardo (Hg.): [Političeskaja ritorika v postsovjetskoj Rossii \[Politische Rhetorik im postsowjetischen Russland\]](#). Neprikosnovennyj zapas 132 (2020/4), S. 11–149.

Nicolosi, Riccardo / **Obermayr**, Brigitte / **Weller**, Nina (Hgs.): [Interventionen in Die Zeit: Kontrafaktisches Erzählen und Erinnerungskultur](#). KOPS Universität Konstanz, Konstanz 2021.

Pierobon, Chiara / **Becker**, Nora / **Schlegel**, Steve (Hgs.): [Central Asia after Three Decades of Independence. Politics and Societies between Stability and Transformation](#). Nomos, Baden-Baden 2021.

Riefer, Felix: [Russlands Außenpolitik unter Putin 2000–2018: Welchen Einfluss haben russische Think Tanks auf die auswärtige Politikgestaltung des Kremls?](#) Springer, Wiesbaden 2021.

Schneider-Deters, Winfried: [Ukrainische Schicksalsjahre 2013–2019. Der Volksaufstand auf dem Majdan im Winter 2013 / 2014](#). Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2021.

Schneider-Deters, Winfried: [Ukrainische Schicksalsjahre 2013–2019. Die Annexion der Krim und der Krieg im Donbass](#). Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2021.

Schwartz Matthias / **Wurm** Barbara (Hg.): [Klassiker des russischen und sowjetischen Films, Bd. 2](#). Schüren, Marburg 2020.

Schwartz, Matthias / **Weller**, Nina / **Winkel**, Heike (Hg.): *After Memory. World War II in Contemporary Eastern European Literatures*. De Gruyter, Berlin 2021.

Urbansky, Sören: *An den Ufern des Amur. Die vergessene Welt zwischen China und Russland*. C.H. Beck, München 2021.

Wittkowsky, Andreas: *Divide et impera? Karabach nach dem 44-Tage-Krieg*. Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, Berlin 2021.

Personalien

Aufnahmen

Anders, Dr. Lisa Helene / Potsdam
Bertheau, Marguerite / Hamburg
Böhm, Natalja / Mainz
Bollien, Sebastian / Hamburg
Burmester, Isabell / Genf (CHE)
Butylin, Nicolas / Berlin
Crone, Christof / Berlin
Foik, Melanie / Münster
Förster, Maïke Michaela / Altena
Friedrich, Denis / Berlin
Gasimov, PD Dr. Zaur / Bonn
Johnson, Dr. Christian / Bonn
Kireenko, Maria / Berlin
Kocyba, Dr. Piotr / Budapest (HUN)
Kończal, Dr. Kornelia / Konstanz
Kosmehl, Miriam / Berlin
Kuxmann, Jan / Bielefeld
Lehmann, Maura / Bertange (LUX)
Makowski, Dr. Corinna / Hamburg
Maslanka, Susanne / München
Masyutina, Olga / Bremen
Matern, Momo / Wehrheim
Michel, Toni / Kiew (UKR)
Mücke, Léna / Berlin
Novitskaya, Anna / Wien (AUT)
Platzer, Niklas / München
Polheim, Annemarie / Hamburg
Schreiber, Marie-Thérèse / Berlin
Shkolnykova, Dr. Mariia / Bremen
Theil, Astrid / München
Tomenendal, Dominik / München
van de Water, Max / Linthe
Vitzthum, Nikolaus Graf / New Haven (USA)
Walch, Katharina / Sonderhofen
Wickern, Marie / Gaimersheim
Zabirko, Dr. Oleksandr / Lappersdorf
Zwick, Lisa Christin / Offenbach

Museum Berlin-Karlshorst / Berlin

Abschied

Dr. Karel Vodička, Karlsruhe
 Verstorben am 9. Februar 2021



Bericht: Sprecher der Jungen DGO, AG Mentoring Screenshot: AG Mentoring

Die dynamische Mitgliederentwicklung der Jungen DGO setzte sich im ersten Halbjahr 2021 fort und wir freuen uns darüber, einen Umfang von 235 Personen verzeichnen zu können. Bei der digitalen Mitgliederversammlung der Jungen DGO im März waren rund 65 Personen anwesend. Turnusgemäß wurden dabei die Sprecher*innen gewählt. Alexander Mishnev wurde in seinem Amt bestätigt, während mit Johannes Kleinmann ein neuer Sprecher gewählt wurde, der die bisherige Sprecherin Josephine Doll in ihrem Amt ablöste. Insgesamt stand im letzten Halbjahr - neben den zahlreichen Veranstaltungsformaten - die weitere Professionalisierung der Jungen DGO im Zentrum der Arbeit. Im Zuge dessen wurden im ersten Halbjahr einheitliche Gestaltungsvorlagen für Plakate eingeführt, die es ermöglichen alle Veranstaltungen der Jungen DGO in einem einheitlichen Design zu präsentieren. Zudem haben wir einen Prozess gestartet, um – gerade im Zuge des Anwachsens der Mitgliederzahl – zu einer noch transparenteren und inklusiveren Organisation zu werden, die möglichst alle Mitglieder und ihre Meinungen einbindet. Insbesondere soll es hierbei um einen Austausch über die Ziele und deren Umsetzung in der Jungen DGO gehen. Die AG Kommunikation begleitet in diesem Jahr fortlaufend den Relaunch der Homepage

der DGO. Zusätzlich betreut sie aktuell in einer Brückenfunktion wechselweise den Twitter-Account der DGO. Bei der Mitgliederversammlung im März 2021 wurden Lejly Agamuradova und Johannes Kleinmann von ihrer Funktion als Leitung der AG Veranstaltungen verabschiedet. Das Amt übernahmen Ina Seeger und Josephine Doll. Neben der Fortführung der Veranstaltungsreihen hat die AG eine Umfrage unter den Mitgliedern der Jungen DGO durchgeführt, um zu erkunden, zu welchen Terminen und Uhrzeiten verschiedene Personengruppen an Veranstaltungen teilnehmen können. Ziel ist es, möglichst allen Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, aktiv und passiv an den Veranstaltungen teilzunehmen.

Die AG Mentoring beendete erfolgreich den zweiten Turnus des Mentoringprogramms. Im Oktober 2020 konnten mehr als 30 neue Tandems, bestehend aus Mentees und Mentor*innen, gebildet werden. Angepasst an die Bedingungen der Pandemie standen sie per E-Mail und/oder Videokonferenzen in Kontakt. Je nach individuellem Bedarf wurden die Mentees von ihren Mentor*innen bei der beruflichen Orientierung oder dem konkreten Einstieg in das Berufsleben, der weiteren Karriereplanung und der persönlichen Weiterentwicklung unterstützt. Die Evaluation des Programms durch die Teilnehmenden fiel insgesamt sehr gut aus. Der dritte Turnus des Mentoring-Programms, der ab Oktober 2021 startet, wird gerade vorbereitet.

Aktuelle Perspektiven auf die Proteste in Belarus

Bericht und Collage: Regionalgruppe Junge DGO Leipzig

Die Diskussionsreihe der Jungen DGO Leipzig entstand in Kooperation mit der Universität Leipzig, dem Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) und dem Leibniz-WissenschaftsCampus „Eastern Europe – Global Area (EEGA)“.

Am Morgen des 9. August 2020 ahnte wohl noch niemand, dass die Präsidentschaftswahlen in Belarus zu einer Zäsur werden würden. Die Bekanntgabe der Wahlergebnisse der Wahlkommission mit 80,1 Prozent der Stimmen auf Amtsinhaber Aljaksandr Lukašenka führte zu massenhaften Protesten der Bevölkerung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurden mehr als 30 000 Menschen festgenommen, viele von ihnen wurden und werden von „Spezialkräften“ in Polizeigewahrsam gefoltert oder verschleppt. Immer mehr Oppositionelle sehen sich gezwungen das Land zu verlassen. Die Regionalgruppe Leipzig der Jungen DGO folgte dem Solidaritätsaufruf der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und lud Vertreter*innen der belarussischen Zivilgesellschaft zu einem digitalen Austausch ein, um aus verschiedenen Perspektiven die Proteste in Belarus zu beleuchten und zu diskutieren. Die Gesprächsreihe wurde in Kooperation mit der Universität Leipzig (Institut für Slavistik, Historisches Seminar, Global and European Studies Institute), dem EEGA Leibniz ScienceCampus sowie dem Leibniz-Institut für die Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) durchgeführt und hatte damit auch zum Ziel, die in Leipzig ansässigen Institutionen mit Osteuropa-Fokus noch stärker miteinander zu vernetzen und somit einem größeren Publikum die Möglichkeit zu bieten, sich mit belarussischen Aktivist*innen auszutauschen.

Den Auftakt der digitalen Veranstaltungsreihe machte am 30. November die Philosophin und Aktivistin Olga Shparaga mit einer feministischen Perspektive auf die Proteste in Belarus. Am 14. Dezember folgte eine weitere Podiumsdiskussion zu akademischen Perspektiven

mit Pavel Barkouski (PhD, derzeit Stipendiat am IWM in Wien und ehemaliger DAAD-Forschungsstipendiat) und Tsimafei Malakhouski (Student der Politikwissenschaften an der Europäischen Geisteswissenschaftlichen Universität in Vilnius und Koordinator des Projekts „Honest University“). Die Podiumsdiskussion wandte sich im neuen Jahr mit der Übersetzerin, Kulturmanagerin und Essayistin Iryna Herasimovich Perspektiven aus Kunst und Kultur auf die Proteste in Belarus zu. Den Abschluss im Wintersemester 20/21 bildete am 8. Februar das Gespräch mit Vika Biran. Vika Biran ist LGBT-Aktivistin, Projektmanagerin und Journalistin und gewährte Einblicke in die Proteste aus der LGBT-Community in Belarus unter dem Motto „The majority does not exist“.



Alle Podiumsdiskussionen wurden aufgenommen und können bei Youtube nochmals angesehen werden. Hier (https://www.youtube.com/playlist?list=PL_SymGAdE-jopOlyDY-gINydV8lc0J-DAo) ist die Playlist verfügbar.

Die Regionalgruppe Leipzig plant zusammen mit den Partnerinstitutionen für das Sommersemester 2021 und darüber hinaus weitere Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen zu den Protesten in Belarus.

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

Personalien

Gwendolyn Sasse ist seit April 2021 Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuvor war sie Professor of Comparative Politics an der University of Oxford. Ihr Forschungsschwerpunkt ist weiterhin das östliche Europa. Ihre Tätigkeit als Wissenschaftliche Direktorin des 2016 gegründeten Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien führt Gwendolyn Sasse fort.

Angelika Nußberger hat nach dem Ende ihrer Tätigkeit als Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die Ko-Leitung der Zweigstelle Köln wieder übernommen. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören der deutsche, europäische und internationale Grundrechtsschutz, vergleichendes Verfassungsrecht und der Einfluss des Völkerrechts auf die Rechtsentwicklung in Mittel- und Osteuropa. Wir danken der ausscheidenden **Maike Lehmann** herzlich für ihre Arbeit als Leiterin der Zweigstelle in Köln.

Pavel Kolář hat die Leitung der Zweigstelle Konstanz übernommen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Vergleichende und Transnationale Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (v.a. Deutschland, Ostmittel-, Südost- und Osteuropa), Geschichte der staatssozialistischen Diktaturen, historische Gewaltforschung, Nationsbildung und Nationalismus, Historiographie, Erinnerung und Narration sowie Wissenschafts- und Universitätsgeschichte Zentraleuropas.

Bianka Pietrow-Ennker danken wir herzlich für ihre langjährige Arbeit als Leiterin der Zweigstelle Konstanz.



Veranstaltungsberichte

Russischsprachige Migration nach Deutschland und Israel

Bericht: Erika Balzer

Der Zusammenbruch der Sowjetunion vor mehr als 30 Jahren führte für Millionen Menschen aus den ehemaligen sowjetischen Gebieten zur Emigration. Über eine Million verließ die Sowjetunion nach Israel, über zwei Millionen erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft als sogenannte russisch-deutsche „Spätaussiedler“ und fast 250.000 Menschen „jüdischer Nationalität“ erhielten ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland. Die Anthropologin Larissa REMEN-NICK, Bar-Ilan-University, und der Historiker Jannis PANAGIOTIS, Universität Wien, diskutierten über die unterschiedlichen rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen, mit denen die Einwandererinnen und Einwanderer in beiden Ländern konfrontiert waren, sowie über die Auswirkungen auf ihre soziale und wirtschaftliche Etablierung.

Ein wesentlicher Unterschied bestand im Selbstverständnis und der Selbstdarstellung beider Länder: Israel definiert sich seit seiner Gründung als „Heimatland“ aller

Jüdinnen und Juden weltweit und rief diese dazu auf, nach Israel zu kommen. In Deutschland gab es diese Art von Selbstverständnis nicht. Russlanddeutsche und Spätaussiedler*innen sowie postsowjetische Jüdinnen und Juden hatten zwar ein Anrecht auf ein Leben in Deutschland und auf die deutsche Staatsbürgerschaft. Jedoch warb Deutschland nicht proaktiv für den Zuzug der Menschen. Im Gegenteil wurden wirtschaftliche Anreize gesetzt und Projekte in den postsowjetischen Gebieten unterstützt, um eine größere Zuwanderung nach Deutschland zu verhindern.

Auch für die berufliche und wirtschaftliche Etablierung der Zugewanderten bestanden unterschiedliche Voraussetzungen. In Deutschland erhielten Russlanddeutsche und jüdische Zuwanderer*innen „Sozialhilfe“. Ihre Abschlüsse aus der Sowjet-

union wurden aber nicht anerkannt. Dies führte dazu, dass viele Menschen mit höheren Abschlüssen nicht in ihrem eigentlichen Berufsfeld arbeiten konnten und für ihre Jobs überqualifiziert waren. Israel stieß mit

Podiumsdiskussion
26. Januar 2021, online

In Kooperation mit der
Stiftung Deutsch-Israelisches
Zukunftsforum (dizf)

rund 10 Millionen Zuwanderer*innen im Zeitraum von 1990 bis 1993 an seine wirtschaftlichen Grenzen. Die staatlichen Ressourcen waren schnell ausgeschöpft. In dieser Situation war der Staat gezwungen, die Zugewanderten schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Mittlerweile machen diese Einwander*innen in Israel über ein Drittel der Bevölkerung aus und sind ein repräsentativer Teil der jüdischen Gesellschaft und der Politik. Larissa Remennick erläuterte, wie sich das Selbstverständnis vieler russischsprachiger Jüdinnen und Juden in Israel gewandelt hat: Während ihrer Zeit in der Sowjetunion durften sie ihre Religion nicht praktizieren. Dementsprechend benötigten sie Zeit, sich an das Leben in der von der jüdischen Kultur und Religion geprägten Gesellschaft zu gewöhnen. Laut Remennick definieren viele russischsprachige Jüdinnen und Juden ihre eigene Identität heute verstärkt über das Jüdischsein und die jüdische Nationalität. Trotzdem gab und gibt es viele Menschen, die das Russische dem Hebräischen bis heute vorziehen und denen es sehr wichtig ist, diesen Teil ihrer Identität auch an ihre Nachkommen weiterzugeben. Bei den nachfolgenden Generationen wächst heute außerdem die Bereitschaft, Russisch zu lernen, um die eigenen Berufschancen zu erhöhen.

Jannis Panagiotidis stellte in seiner Forschung fest, dass der Umgang mit der russisch-deutschen bzw. postsowjetischen Identität in Deutschland anders ist als in Israel. Im Vergleich zur Zahl der bereits in Deutschland lebenden jüdischen Gemeindemitglieder kamen zehnmal mehr postsowjetische Jüdinnen und Juden nach Deutschland. Viele der Zuwander*innen integrierten sich nicht in die bereits bestehenden jüdischen Gemeinden. Zum einen lag dies an der Sprachbarriere, zum anderen gestaltete sich die Ausübung des Glaubens anders. Im Gegensatz zu Israel wollten viele das Russische ablegen, die „Generation 1.5“ und „Generation 2.0“, also diejenigen, die als Kinder von Spätaussiedler*innen und Russlanddeutschen in Deutschland leben, identifizieren sich kaum mehr mit dem postsowjetischen Erbe oder der russischen Sprache. Das postsowjetische Merkmal

ist hier viel stärker ein historisches, als ein kulturelles oder identitätsstiftendes. Gleichzeitig, so Panagiotidis, möchten Kinder postsowjetischer Jüdinnen und Juden ihre religiöse Identität heute nicht mehr verstecken und im gesellschaftlichen Leben sichtbarer sein. Während die in den 90er Jahren eingewanderten Jüdinnen und Juden aus dem postsowjetischen Raum in Israel heute einen erheblichen Teil der Bevölkerung ausmachen und mittlerweile in Gesellschaft wie auch Politik repräsentativ sind, stellen sie in Deutschland bis heute keine „kritische Masse“ der Bevölkerung dar. Entsprechend geringer ist auch ihre öffentliche Präsenz.



Mehr zu diesem Themenkomplex finden Sie im OST-EUROPA 9-11/2019 [Migration, Identität, Politik Trans-inter-national: Russland, Israel, Deutschland](https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2019/9-11/) <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2019/9-11/> sowie dem Special Issue [Migration, Identity, Politics Trans-inter-national: Russia, Israel, Germany](https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/trans-inter-national/russia-israel-germany) <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/trans-inter-national/migration-identity-politics/>

CRIMEA. Zur aktuellen Menschenrechtssituation auf der Krim

Bericht: Erika Balzer, Gabriele Freitag

Seit inzwischen sieben Jahren ist die ukrainische Halbinsel Krim von Russland völkerrechtswidrig besetzt. Immer wieder gibt es Berichte über massive Menschenrechtsverletzungen vor Ort. Aktivist*innen und Andersdenkende, deren Aktionen und Meinungen sich gegen die aktuellen Machthaber richten, müssen mit langjährigen Haftstrafen rechnen. Insbesondere für das krimtatarische Volk stellt sich die aktuelle Lage dramatisch dar. Verfolgung, Unterdrückung und die Verletzung von Grund- und Gruppenrechten sind weiterhin an der Tagesordnung. Wie stellt sich die Situation der Krimtataren heute dar, welchen Repressionen sind sie ausgesetzt – und was lässt die Zukunft für die besetzte Halbinsel erwarten? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Online-Veranstaltung.

In seinem Eingangsstatement verwies der Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Michael GAHLER, auf seine Bemühungen, die prekäre Situation der Menschen auf der Krim kontinuierlich auf die Tagesordnung des EU-

Parlaments zu setzen. Im Vordergrund stehen Fragen der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine und das völkerrechtswidrige Verhalten Russlands. Gahler bezeichnete Russland als „systemischen Gegner“ der Ukraine und der EU und betonte, dass die EU die Initiative der ukrainischen Regierung zum Aufbau einer „Krim-Plattform“ unterstütze. Hierbei handelt es

sich um einen von der Ukraine initiierten internationalen Zusammenschluss zu Fragen der Sicherheit und Menschenrechte auf der Krim. Die Plattform soll als Netzwerk von Expert*innen, internationalen Regierungsvertreter*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen dienen. Die Krim soll dadurch vor allem mehr internationale Aufmerksamkeit erhalten.

Der Vorstandsvorsitzende des Krimtatarischen Ressourcenzentrums, Eskender BARIJEV, machte auf die dramatische

Situation der krimtatarischen Bevölkerung und die schwerwiegenden völkerrechtswidrigen Handlungen von

Podiumsdiskussion 24. Februar 2021, online

In Kooperation mit der
Gesellschaft für bedrohte
Völker, dem Krimtatarischen
Ressourcenzentrum und der
Konrad-Adenauer-Stiftung

russischer Seite aufmerksam. Barijev sprach von einem sukzessiven Bevölkerungsaustausch auf der Krim. Über 40.000 Krimtatar*innen wurden nach seinen Angaben seit 2014 von der Krim vertrieben. Im Gegenzug kamen in den letzten Jahren sehr viele Russ*innen neu auf die Krim. Darüber hinaus wird die krimtatarische Bevölkerung von den russischen Besatzern systematisch drangsaliert. Die Krimtataren stehen unter dem Generalverdacht der Spionage, des Extremismus und der Illoyalität dem russischen Staat gegenüber. Aufgrund der Covid-19-Pandemie ist die Zahl der Durchsuchungen und Gerichtsverfahren in den letzten zwölf Monaten gesunken, die Festnahmen haben sich im Gegensatz zu 2019 aber verdoppelt. Politische Gefangene sind von massiven Grundrechtseinschränkungen betroffen. Zeugen berichten von physischer Gewalt, der Verweigerung notwendiger medizinischer Versorgung sowie des Rechts auf Rede- und Versammlungsfreiheit. Viele Männer werden in die russische Armee eingezogen. Bei Verweigerung droht ihnen Verfolgung. Zudem würden Moscheen von bewaffneten Personen angegriffen; Festnahmen fänden auch in den Gebetshäusern statt. Auch der Medschlis, die krimtatarische Selbstvertretung, wurde 2016 unter dem Vorwurf des Extremismus verboten.

Die Kommunikationsmöglichkeiten der Krimtataren sind insgesamt drastisch eingeschränkt. Der Vorsitzender des Medschlis des Krimtatarischen Volkes, Refat TSCHUBAROV, erläuterte, dass Familienangehörige und Anwält*innen kaum mit den Inhaftierten in Kontakt treten können. Häufig brächten sie sich durch Versuche der Kontaktaufnahme selbst in Gefahr. Auch

die Kommunikation über klassische Medien ist kaum noch möglich. Seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 wurden 90% der krimtatarischen Medien eingestellt. Mieste HOTTOPP-RIECKE, Vorstandsvorsitzender des Instituts für Caucasia-, Tatarica- und Turkestan-Studien wies darauf hin, dass auch Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen aus dem Ausland kaum noch Möglichkeiten hätten, mit der Bevölkerung der Krim zu kommunizieren. Die drastischen Kontaktsperrern verhinderten eine konzentrierte Menschenrechtsarbeit. Dabei hätten größere NGOs nach Meinung von Hottopp-Riecke durchaus Ressourcen, um auf die Lage der Krimtatar*innen aufmerksam zu machen. Erforderlich dafür sei aber auch ein Austausch mit den Menschen vor Ort.

Die stellvertretende Außenministerin der Ukraine, Emine DSCHAPAROVA, brachte ihre Erwartungen an die Europäische Union und multilaterale Organisationen wie die OSZE deutlich zum Ausdruck. Sie wünsche sich mehr Druck auf Russland und eine konsequente Politik zur Durchsetzung der Sanktionen gegen Russland. Tschubarov verwies allerdings darauf, dass sich auch die Beziehungen des Medschlis zur ukrainischen Regierung in den vergangenen Jahren verschlechtert hätten. Diese Situation erschwere es erheblich, die Situation der krimtatarischen Bevölkerung zu verbessern. Einig waren sich alle Sprecher*innen in dem Wunsch nach einem stärkeren Netzwerk von Unterstützer*innen und Expert*innen und einer größeren Öffentlichkeit, die die Menschenrechtsverletzungen wahrnimmt und darüber berichtet.

Zur Situation der Jurist*innen in Belarus

Bericht: Erika Balzer

Die friedlichen Proteste nach den Fälschungen der Präsidentschaftswahlen in Belarus im August 2020 wurden vom Regime nach anfänglichem Zögern brutal niedergeschlagen. Die Menschenrechte der Demonstrierenden, aber auch Unbeteiligter, wurden in erheblichem Umfang verletzt. Juristinnen und Juristen spielten dabei auf beiden Seiten eine wichtige Rolle. Im Staatsapparat, vor allem in der Justiz, machten sie sich zu Handlangern des Regimes. Gleichzeitig kämpften vor allem unabhängige Rechtsanwältinnen und -anwälte für die Rechte der Opfer. Sie werden inzwischen massiv eingeschüchtert und an der Ausübung ihres Berufs gehindert. Die Repressionen reichen von Strafverfahren bis zum Entzug der Zulassung. Einige Juristinnen und Juristen haben das Land inzwischen verlassen. Die Fachgruppe Recht und die Junge DGO nahmen diese Situation zum Anlass für ein Gespräch über die aktuelle Rechtssituation in Belarus und die Frage, welche Unterstützung aus Deutschland und der Europäischen Union kommen können.

Fachgespräch Recht
18. März 2021, online

Kooperation zwischen
DGO-Fachgruppe Recht
und Junge DGO

Der Rechtsanwalt Michail KIRILJUK ist selbst von den Repressionen betroffen. Nachdem ihm seine Lizenz durch das Justizministerium entzogen wurde, lebt er nun in Polen. Kiriljuk gibt an, dass nach seinem Kenntnisstand mehr als 30.000 Menschen von den Strafmaßnahmen betroffen sind. Er konstatierte, dass die Machthabenden in Belarus auch vor den Protesten im vergangenen Jahr häufig gegen die eigene Gesetzgebung verstießen, betonte aber, dass 2020 ein neues Maß erreicht wurde. Besonders infam ist, dass friedlichen Demonstrierenden, die Opfer staatlicher Gewalt wurden, selbst Gewalt vorgeworfen wird.

In vielen Fällen haben die Anwälte keine Kenntnis darüber, wo ihre Mandantinnen oder Mandanten inhaftiert sind. Besuche von Anwälten und Anwältinnen in den Gefängnissen sind nur in Ausnahmefällen zugelassen; als Grund wird die Covid-19-Pandemie angeführt. Telefonate werden oft aufgezeichnet. Bei Gerichtsverhandlungen sind Zeuginnen und Zeugen häufig nicht

zugelassen. Seltene Ausnahmen erlebte Kiriljuk nur dann, wenn ein Vergehen so offensichtlich vorgetäuscht war, dass selbst die Richterinnen und Richter die Aussagen der Sicherheitsbehörden nicht akzeptierten.

Rechtsanwältinnen und -anwälte werden in der Regel als Komplizen der Angeklagten behandelt. Kiriljuk berichtet von vielen Kolleginnen und Kollegen, die durch massive Einschränkungen und Strafen ihren Beruf nicht mehr ausüben können. Zum Teil sind Anwälte selbst seit Monaten in Untersuchungshaft oder dürfen ihren Aufenthaltsort nicht verlassen. Die Qualifikationen der Anwältinnen und Anwälte, die Inhaftierte vertreten, werden überprüft; unter dem Vorwurf mangelnder Qualifikation wird vielen die Lizenz entzogen. Momentan, so Kiriljuk, sei es nicht mehr möglich, sich im Land ungestraft kritisch über Urteile oder die belarussische Justiz im Allgemeinen zu äußern. Viele seiner Kolleginnen und Kollegen hätten sich aber gar nicht medial geäußert, ihr einziges „Vergehen“ sei es gewesen, politisch Gefangene zu verteidigen. Im Justizministerium gibt es derzeit viele Umstrukturierungen. Die Leitungen der Anwaltskammern sollen jetzt durch das Justizministerium ernannt werden. Da es an Personal mangelt, um alle Verfahren zu bearbeiten, werden ehemalige Ermittlungsbeamte der Milizen ohne einen Test aufgenommen; es reicht eine mündliche Prüfung. Gleichzeitig fehlt es an juristischem Nachwuchs, da das Rechtswesen aufgrund der staatlichen Repressionen für junge Menschen nicht mehr attraktiv ist.

Kiriljuk bezeichnet die Situation als „rechtlichen default“; in Belarus herrsche nicht mehr „rule of law“, sondern „rule by law“. Er forderte die Beendigung von Kooperationen deutscher Firmen mit Unternehmen und Abgeordneten aus Belarus. Dort zähle nur Stärke, Menschenrechte seien dem Regime egal.

Der EU-Abgeordnete Sergey LAGODINSKY bemüht sich, die Anliegen der Juristinnen und Juristen in und aus Belarus im Parlament der Europäischen Union zu thematisieren. Resolutionen sollen Aufmerksamkeit für die Betroffenen auf Ebene der EU, aber auch in Deutschland schaffen. Die Schicksale der belarussischen Menschenrechtsverteidiger*innen dürfen, so Lagodinsky,

nicht vergessen werden. Die Verfolgung des Rechtsanwalts Maksim Znak, der als Verteidiger des inhaftierten Oppositionskandidaten Wiktar Babaryka im September 2020 selbst festgenommen wurde, bezeichnete er als erste Welle, den darauf folgenden systematischen Austausch des Personals in der Justiz als zweite Welle und als Ergebnis einer „Spirale des Unrechts“.

Lagodinsky selbst hat die parlamentarische Patenschaft von Znak übernommen und arbeitet derzeit an der Kontaktaufnahme zu den Familien von Betroffenen. Lagodinsky erklärte, mit Deutschland gäbe es besondere historische und aktuelle Verbindungen, weshalb ihm Solidaritätsbekundungen deutscher, aber auch europäischer Jurist*innen und Politiker*innen besonders wichtig seien.

Auf die Frage der Moderatorin Josephine DOLL, Juristin und Sprecherin der Jungen DGO, was Deutschland und die EU tun könnten, schlug Lagodinsky vor, neue menschenrechtliche Mechanismen auf EU-Ebene einzusetzen. Dazu zähle auch, dass man nicht nur die regierende Elite und Oligarchen auf die Sanktionslisten setzt, sondern auch Personen aus dem Beamten- und Justizapparat. Auch den Vorschlag einer systematischen Dokumentation des Unrechts begrüßte Lagodinsky. Hierfür müssten ein internationaler Ermittlungsmechanismus und eine zentrale Erfassungsstelle eingerichtet werden, um offene Quellen und Datenbanken, die bereits geführt werden, zusammenzuführen. Lagodinsky plädierte außerdem für die Einsetzung langfristiger Mechanismen, wie z.B. Fortbildungsangeboten zur richterlichen Unabhängigkeit. In Belarus fehle es nicht an Qualifizierung, sondern an Gewissen und politischer Haltung. Sehr wichtig sei es aber auch, den Betroffenen einen Aufenthalt in der EU zu ermöglichen. Das Visaregime in Deutschland und der EU müsse die Notlage der politisch Verfolgten berücksichtigen.

Einigkeit herrschte darüber, dass man das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Situation in Belarus nur durch stetige Berichterstattung in den Massenmedien schärfen könne. Viel zu schnell würden Entwicklungen wie die in Belarus zur Normalität. Umso wichtiger ist die Arbeit von NGOs und einzelnen Personen, die immer wieder und unermüdlich auf die prekäre Lage in Belarus hinweisen.

Verflechtungen und Abhängigkeiten: China – Osteuropa – Europäische Union

Bericht: Gemma Pörzgen

Chinas Aufstieg zur Weltmacht zeigt sich auch in Eurasien: In Zentralasien ist China bereits die stärkste Wirtschaftsmacht. Mit Russland verbindet die aufstrebende Wirtschaftsgröße eine „strategische Partnerschaft“, die auf dem Handel mit Rohstoffen und Industriegütern gründet. In Ostmitteleuropa treten chinesische Firmen als Investoren in die Infrastruktur und Produktion auf. Die Bedeutung Chinas wächst dadurch für Ostmitteleuropa und für die Europäische Union.

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) stellte deshalb in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung und dem Mercator Institute for China Studies die Beschäftigung mit Chancen und Gefahren dieser Entwicklungen in den Mittelpunkt ihrer diesjährigen Jahrestagung. Dabei interessierte vor allem, wie Zentralasien, Russland, andere osteuropäische Staaten, aber auch EU-Staaten und Deutschland sich gegenüber China positionieren.

„Das atemberaubende am chinesischen Kommunismus ist der Spagat zwischen dem forcierten Wirtschaftsliberalismus und der zunehmend repressiveren politischen Diktatur“, sagte DGO-Präsident Ruprecht POLENZ zur Eröffnung der Tagung. China habe damit einen zentralen Glaubenssatz liberaler Systeme widerlegt. „Wirtschaft-

licher Boom funktioniert auch im Einklang mit politischer Repression.“ Dieser Erfolg mache China attraktiv und bedrohlich, verdeutlichte Polenz die Herausforderungen durch die aufstrebende Weltmacht.

China sei ein globaler Akteur von Gewicht und werde die EU bald als zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt – nach den USA – überholen, so die deutsche EU-Diplomatin Patricia FLOR. Europa müsse deshalb seinen Platz in einer Zeit der Rivalität der Großmächte und der Erosion der regelbasierten Welt festigen. Bei der Zusam-

menarbeit mit China dürfe in der EU nicht vergessen werden, dass es einen Systemkonflikt der liberalen

DGO-Jahrestagung
26. März 2021, online

In Kooperation mit der
Bertelsmann Stiftung und
dem Mercator Institute
for China Studies



Ruprecht Polenz
© Ansgar Gilster



Justyna Szczudlik
© PISM



Ivana Karaskova
© Association for International
Affairs (AMO)



Dossym Satpayev

EU-Staaten mit dem autoritären „Reich der Mitte“ gebe, genauso wie mit Russland. Eine Kooperation mit China müsse deshalb innerhalb der EU damit verbunden werden, eigene Werte und Prinzipien zu wahren.

Wirtschaftliche Verflechtungen

Da sich China innerhalb der EU vor allem auf die westlichen Mitgliedsstaaten konzentrierte, spielten die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Ostmitteleuropa eine weitaus geringere Rolle als oft vermutet, sagte Justyna SZCZUDLIK vom polnischen Institut für internationale Beziehungen in der folgenden Podiumsdiskussion zu Wirtschaftsfragen. Nur drei Prozent der chinesischen Exporte gingen in die Region. Es gebe bisher auch wenig erfolgreiche Infrastrukturprojekte. In Ostmitteleuropa habe China zunächst ähnlich operieren wollen wie im globalen Süden, konstatierte die tschechische Wissenschaftlerin Ivana KARASKOVA vom Mercator Institute, während die ostmitteleuropäischen Staaten zunächst glaubten, China sei ein Investor wie andere auch. Zu der wachsenden Enttäuschung habe auch die Corona-Pandemie beigetragen sowie die Ereignisse in Hongkong. In Umfragen in Ungarn, Tschechien und Slowenien zeige sich zunehmend eine ablehnende Haltung in der Bevölkerung. Gerade in Ungarn sei das interessant, weil die Orban-Regierung eine sehr chinanahe Politik betreibe.

In Zentralasien sei ein interessantes geopolitisches Spiel der drei Hauptakteure China, Russland und der Türkei zu beobachten, sagte Dossym SATPAYEV von der Risks Assessment Group in Kasachstan. China habe in der Region sehr an Bedeutung gewonnen. Dabei setze Peking vor allem auf seine Softpower, um in Zukunft auch seine politische und militärische Präsenz in Zentralasien zu verstärken. Jede Investition in der Region diene deshalb auch den sicherheitspolitischen Zielen Chinas, so Satpaev. In der Region entwickle sich eine asymmetrische wirtschaftliche Abhängigkeit von China. In Zukunft könnte ein Anwachsen von anti-chinesischen, aber auch anti-russischen Strömungen für beide Staaten zum Problem werden, sagte Satpaev mit Hinweis auf die Unterdrückung der muslimischen Uiguren in China ebenso wie auf den Krieg in der Ostukraine.

Über die wachsende Rolle Chinas im Handel mit Russland, sprach Alexander GABUEV vom Carnegie Center in Moskau. Seit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine habe dieser Handel noch weiter zugenommen und sich in den letzten Jahren nahezu verdoppelt. Die EU-Sanktionen hätten diesen Trend verstärkt. Auch der „Green Deal“ in Brüssel lasse erwarten, dass in Zukunft weniger Rohstoffe aus Russland nachgefragt würden. In Russland gebe es ein großes Interesse an der 5G-Technologie aus China. Außerdem verbinde beide Staaten das



Alexander Gabuev
© Carnegie Center Moscow



Parag Khanna



Yangyang Cheng



Kai Strittmatter

gemeinsame Interesse, die Abhängigkeit vom US-Dollar zu verringern. Aufgrund der Anforderung der Regulierungsbehörden für das mobile Internet, russische Technologien zu verwenden, stecke die 5G-Entwicklung in der Russischen Föderation derzeit allerdings in einer Sackgasse, so Janis KLUGE von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Die Interessen von Russland und China seien zu unterschiedlich, chinesische Firmen oft eine Konkurrenz für russische Unternehmen.

Einblicke in die Sicht der südasiatischen Nachbarn auf China gab der Politikwissenschaftler Parag KHANNA, Gründungsdirektor des Beratungsunternehmens „FutureMap“ in Singapur. China sei in den vergangenen 20 Jahren zum größten Handelspartner für die meisten asiatischen Staaten geworden. Er verwies auf das 2020 geschlossene Freihandelsabkommen „Regional Comprehensive Economic Partnership“ (RCEP), das von 15 Staaten unterzeichnet wurde und als das größte Handelsabkommen in der Geschichte des asiatisch-pazifischen Raums gilt. Alle wollten von den Vorteilen des riesigen chinesischen Marktes und den preiswerten Produkten profitieren. Die chinesische „Belt and Road Initiative“ werde als Hilfe bei der Entwicklung der Infrastruktur gesehen, die von westlichen Organisationen seit Jahrzehnten vernachlässigt worden sei. Auch bei den Umwelttechnologien zeige sich, dass China heute Solaranlagen preiswerter als alle anderen Staaten produziere.

Dennoch gebe es geopolitische Spannungen in Asien, so Khanna und nannte als wichtigste Rivalen Chinas im Konflikt um das südchinesische Meer Indien und Japan, aber auch Taiwan. Um die Unabhängigkeit von China zu wahren, gebe es ein Interesse daran, die Beziehungen zu den USA und zur EU nicht zu vernachlässigen. Erstrebenswert sei ein stabiles und multipolares Asien.

Neue Systemkonkurrenzen

Alle Länder und Regionen erlebten derzeit eine Krise der Identität und Staatsführung, sagte die in den USA lebende chinesische Publizistin Yangyang CHENG. Diese Krise werde auf andere Staaten projiziert und über scheinbare Gegensätze ausgetragen, aber die Situation sei nicht so einfach. Erstmals seit dem Kalten Krieg gebe es erneut eine Konkurrenz der Systeme, so der frühere China-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, Kai STRITTMATTER. „Es ist noch kein Kalter Krieg, aber wir werden zu einem Zeitpunkt herausgefordert, in dem die Demokratie in der Krise ist und sich auch Europa in einer tiefen Krise befindet.“ Dabei handele es sich nicht um einen Wettstreit von zwei Supermächten, sondern von Normen und Werten.

Der bulgarische Politologe Ivan KRASTEV betonte demgegenüber die Unterschiede im Vergleich zum Kalten Krieg. China sei keine missionarische, ideo-



Ivan Krastev
© Klaus Ranger (IWM)



Caroline Humphrey



Mikko Huotari
© MERICS



Miriam Kosmehl
© Bertelsmann Stiftung

logische Macht, wie einst die Sowjetunion. „China kämpft für Hegemonie, China kämpft nicht dafür die Welt nach seinem Modell zu transformieren.“ Peking wolle zwar asymmetrische Beziehungen schaffen, aber nicht seine politische Moral exportieren.

Für die Gesellschaften in Osteuropa sei das chinesische Modell nicht so attraktiv, sagte Krastev. Die Osteuropäer seien sehr eurozentriert. Selbst wenn China in Osteuropa investiere, seien diese Aktivitäten weitgehend unter dem Radar geblieben. „Wir sind so stark auf Russland konzentriert, dass wir China dahinter nicht richtig sehen.“

Strittmatter empfahl, vor allem, das eigene Haus in Europa in Ordnung zu halten und die eigenen Demokratien zu stärken. In China spiele die marxistische Ideologie vor allem für die Disziplinierung in den eigenen Reihen die wesentliche Rolle. Die Pekinger Führung sehe sich im ideologischen Konflikt mit dem Westen, mit dessen Werten der Zivilgesellschaft, unabhängiger Gerichtsbarkeit und unabhängigen Medien. Der Grund liege darin, dass diese Werte für viele Chinesen in den vergangenen Jahrzehnten sehr attraktiv gewesen seien, so Strittmatter. „Sie haben bei manchen Bürgern, Intellektuellen und Parteikern Wurzeln geschlagen.“ Das müsse deshalb von der Propaganda der chinesischen KP wieder eingedämmt werden.

China sei kein Monolit, hielt Cheng dagegen. Für die chinesische Regierung stehe vor allem im Vordergrund, an der Macht zu bleiben und Wachstum zu generieren. Seit dem Ende des Kalten Krieges sei die herrschende Ideologie vor allem der Nationalismus, was sich unter anderem in historischen Auseinandersetzungen zeige. Außerdem wolle die Führung in Peking das internationale Narrativ über China formen und daraus ergäben sich viele Aktivitäten im Ausland. Die Wirtschaft diene dabei auch dazu, China als moderne, innovative Nation zu propagieren. Anders als im Kalten Krieg, wo sich Kapitalismus und Kommunismus gegenüberstanden hätten, gebe es jetzt eine Konkurrenz zwei verschiedener Typen von Kapitalismus, so Krastev. Während damals die Sowjetunion und die USA je eigene Wirtschaftszonen gehabt hätten, sei das heute ganz anders. „China ist heute überall.“ Für die EU sei es zunehmend schwerer, sich zu positionieren. Jede Kritik an China werde in Peking als der Versuch eines Systemumsturzes angesehen. Gleichzeitig sei der einzige außenpolitische Konsens in den USA heute die Politik gegenüber China. Die europäische Vorstellung einer multipolaren Welt, in der die EU unabhängig agieren könnte, werde dadurch zusätzlich erschwert. Diese Situation übe vor allem auf Länder wie Deutschland, das mit China sehr viel Handel treibe, großen Druck aus. „Unser Verhältnis zu China wird die Politik gegenüber den USA definieren“, sagte Krastev über die zukünftige Ausrichtung der EU.



Patricia Flor
© European Union 2019
(Y. Shimazu)



Stephan Vopel
© Bertelsmann Stiftung



Tom Vau

Die Aufmerksamkeit in Europa für chinesische Entwicklungen habe sich unter anderem durch die Pandemie stark verändert, sagte Strittmatter. Die Sanktionspolitik habe dazu beigetragen, vielen Europäern die Augen zu öffnen. Im Baltikum, wo Strittmatter inzwischen als SZ-Korrespondent tätig ist, habe es gegenüber China eine große Offenheit gegeben, aber das ändere sich jetzt. Unter Präsident Donald Trump habe es eine zu ideologische Ausrichtung der China-Politik gegeben, die Biden noch nicht korrigiert habe, kritisierte Strittmatter. Das habe Stipendien für chinesische Studenten betroffen, aber auch Reiseeinschränkungen für chinesische KP-Mitglieder. „Da ist eine Gefahr, über das Ziel hinaus zu schießen. China befinde sich in einer Phase großer Stärke, aber darüber sollte man nicht vergessen, dass die Regierung auch eine Fülle von

Problemen habe. Strittmatter nannte die Überalterung der Gesellschaft, die ausufernde Korruption, aber auch die ungleiche Einkommensverteilung des Landes. „Die Zahl der Milliardäre in China ist größer als in den USA.“ Anders als noch vor einigen Jahren sei China nicht mehr nur ein autoritärer Staat, sondern auf dem Weg in den Totalitarismus, beschrieb Strittmatter die Entwicklung der vergangenen Jahre in China. Auch der Bruch des Versprechens in Hongkong und der Vereinbarung mit Großbritannien sowie die Umerziehungslager für die Uiguren seien Veränderungen, die es für Europa schwierig machten, von Sanktionen wieder abzurücken. Dabei brauche China die EU viel stärker als es in Europa wahrgenommen werde. Es müsse deutlich werden, wo Kompromisse mit China möglich seien und welche Standards gelten sollten.

Anti-Genderism in Eastern Europe – A question of religion?

Bericht: Regina Elsner

Die diesjährige Tagung der DGO-Fachgruppe Religion widmete sich dem Zusammenhang von Religion und anti-Gender Bewegungen in Osteuropa. Anti-Genderismus hat als „symbolic glue“ (Kovats/Poim 2015) aus populistischen und konservativen Strömungen in den vergangenen Jahren eine besondere Dynamik entwickelt und bereits eine intensive internationale wissenschaftliche Diskussion angeregt. Dabei wird Religionen häufig eine entscheidende Rolle bei der Legitimation gender-kritischer Positionen und bei der Mobilisierung von großen Bevölkerungsgruppen zugeschrieben. Für Osteuropa erhält dieser Zusammenhang von Religion und Anti-Genderismus bisher weniger Aufmerksamkeit, erste ausführlichere Analysen wie der kürzlich erschienene Sammelband von Sonja

Strube et al. („Anti-Genderismus in Europa.“ Bielefeld: Transcript-Verlag 2021) konzentrieren sich hauptsächlich auf die Länder der EU und den katholischen Kontext, der etwa für Ungarn und Polen entscheidend ist. Die Tagung der Fachgruppe Religion setzte sich zum Ziel, diese

Studien durch Expertisen zu weiteren Fallstudien zu ergänzen und dabei besonders die Diskurse innerhalb der Religionsgemeinschaften und die sozialen Praktiken in gender-bezogenen Themen in den Blick zu nehmen.

**Fachtagung der
DGO-Fachgruppe Religion
21.-22. April 2021, online**

**In Kooperation mit dem Zen-
trum für Osteuropa- und in-
ternationale Studien (ZOiS)**

Das erste Panel thematisierte historische Entwicklungen, die für das Verständnis für aktuelle Zusammenhänge eine wichtige Rolle spielen. Nadezhda BELJAKOVA und Natalia SHOK (beide Moskau) stellten die Einbindung bioethischer Fragen in die verschiedenen Etappen der Beziehung zwischen sowjetischem bzw. russischem Staat und der russischen Orthodoxie dar. Die aktuell vorrangige Auseinandersetzung um die „culture wars“ ist dabei eine paradoxe Fortsetzung der kirchlichen Strategie,

sich als festen Bestandteil der politischen Diskurse zu etablieren. Beljakova und Shok lenkten die Aufmerksamkeit besonders auf die Bedeutung von einzelnen charismatischen und gut vernetzten Personen für den Diskurs sowie von sozialen Medien, in denen strate-

gisch bestimmte Positionen unsichtbar bzw. besonders sichtbar gemacht werden. Johannes KLEINMANN (Frankfurt/Oder) analysierte die historischen Vorläufer polnischer anti-Gender Positionierungen im 20. Jahrhundert. Dabei sieht er die besondere Charakterisierung der polnischen Frau als Mutter durch die Kriegszeiten hindurch als prägende Rollenkonstruktion für die aktuellen Diskurse. Anca ȘINCAN (Tîrgu-Mureș/ Cork) lenkte die Aufmerksamkeit auf die Dynamik von Rollenmodellen orthodoxer Frauen in den rumänischen Untergrundgemeinden. Sie stützte sich dabei auf ausführliche Archivforschung, die zeigt, wie Frauen in der Situation staatlicher anti-religiöser Repressionen in den Kirchen Rollen übernahmen, die ihnen aus kirchlicher Sicht zunächst nicht zustanden. Allerdings erfolgte diese Rollenübernahme nicht aus emanzipatorischen Motiven, sondern ausschließlich als Dienst zur Sicherung des Überlebens der Kirche. Das begründet auch das Verschwinden entsprechender Rollenaufweichungen nach dem Ende der Kirchenverfolgung, so dass in der rumänischen Orthodoxie die Rollenaufteilungen trotz historischer Unterbrechungen streng normiert blieben.

Das zweite Panel konzentrierte sich auf die aktuellen polnischen Auseinandersetzungen um die Einschränkungen von Gender-Gerechtigkeit und die Rolle der katholischen Kirche. Dabei lieferte Anja HENNIG (Frankfurt/Oder) einen konzeptionellen Beitrag zum Zusammenspiel von illiberalen Akteuren der Zivilgesellschaft bei der Formierung der anti-Gender Agenda. Hennig zeigte, wie die katholische Kirche anderen Akteuren der anti-Gender Agenda Nachhaltigkeit verlieh. Gemeinsame Themen dieser verschiedenen Akteure seien eine Verteidigungshaltung zum Schutz der natürlichen Ordnung und einer homogenen Gesellschaft. Größere Aufmerksamkeit verdiene die Nutzung liberaler Instrumente wie der Rechtsprechung für illiberale Zwecke. Nadine NAWA (Münster) und Rebekka PFLUG (Frankfurt/Oder) analysierten aus verschiedenen Perspektiven die innerkatholischen Bewegungen, die von einer klaren Unterstützung des anti-Genderismus bis zu einer Kritik diskriminierender Praktiken in der Kirche und einer religiösen Legitimation des politischen anti-Gender Diskurses reichen. Nawa untersucht in ihrer Forschung Bewegungen innerhalb der polnischen katholischen Kirche, die sich für Gleichberechtigung von Frauen in der Kirche einsetzen. Sie kommt zu dem Schluss, dass diese Bewegungen bisher keine große Reichweite zeigen, allerdings dennoch einen wichtigen Faktor der

Diversifizierung der Kirche darstellen. Pflug zeigte, dass auch das zivilgesellschaftliche Engagement gegen die Einschränkungen von reproduktiven Frauenrechten von katholischen Frauen unterstützt wird. Diese verfügen jedoch innerhalb der Kirche über keinerlei Unterstützung.

Beim Roundtable „Anti-Genderism in Eastern Europe“ diskutierten mit Vladimir SHMALIJ (Moskau), Elzbieta ADAMIAK (Koblenz-Landau) und Sonja STRUBE (Osnabrück) drei Theolog*innen über die Schwierigkeiten, die sich für die Kirchen aus ihrer Teilnahme an anti-Gender Diskursen ergeben. Vladimir Shmalij berichtete über die Situation in Russland, wo die Gender-Thematik innerhalb der Russischen Orthodoxen Kirche vor allem im Kontext der „traditionellen Werte“ diskutiert wird. Allerdings, so Shmalij, gibt es in der Orthodoxen Kirche insgesamt kein theologisches Lehramt, welches eine fixe Position zu gegenwärtigen ethischen oder gesellschaftspolitischen Fragen formulieren würde. Eine dogmatische Antwort auf Gender-Fragen existiere nicht, und die kirchlichen Äußerungen hängen fundamental von dem gesellschaftspolitischen Kontext der jeweiligen Kirchen ab.

Elzbieta Adamiak skizzierte das Zusammenspiel von kirchlicher und politischer Agenda in den aktuellen Auseinandersetzungen um Geschlechtergerechtigkeit und LGBTI*-Rechte in Polen. Sie sieht den polnischen anti-Gender-Diskurs eindeutig von religiösen Positionen beeinflusst, besonders durch die offizielle Haltung der polnischen Bischöfe, die Gender als direkte Infragestellung des katholischen Konzepts von Familie darstellen. Gender würde als Ergebnis von Marxismus, Feminismus und sexueller Revolution markiert und damit als Begriff an sich für den polnischen Diskurs diskreditiert. Adamiak zeigte aber auch Bewegungen innerhalb der polnischen katholischen Kirche auf, die eine Brechung dieser Polarisierung durch kreative Aktionen anstreben.

Sonja Strube stellte die Netzwerke und Zusammenhänge zwischen religiösen und rechten Gruppierungen in der Formierung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit am Beispiel von Deutschland dar. Unter den drei größeren Gruppen, die den anti-Genderismus in der öffentlichen Diskussion vorantreiben, befindet sich nur eine Gruppe, die klar religiös zugeordnet werden könne – die neue christliche Rechte. Religiöse Argumente prägen allerdings nicht nur in dieser Gruppierung die gegen Geschlechtergerechtigkeit gerichtete Strategie. Strube zeigte eindrucksvoll, wie das rechte Milieu

schrittweise die religiösen Strukturen vereinnahmte und Allianzen bildete, um die eigene Legitimität und Reichweite zu erhöhen. Obwohl sich die Kirchenleitungen in Deutschland von diesen rechten Gruppierungen distanzieren, wird durch das sogenannte Astroturfing – also die Herstellung großer Präsenz in sozialen Medien durch nur wenige Akteure – der Eindruck vermittelt, diese religiöse anti-Gender Bewegung sei ein Massenphänomen aus der Mitte der christlichen Kirchen.

Das dritte Panel analysierte mit drei Fallstudien, wie religiöse Akteure an der Herausbildung von Gender-Rollen beteiligt sind und damit die anti-Gender Diskurse indirekt prägen. Yulia ANDREEVA (St. Petersburg) gab einen Einblick in die Rollenkonzepte der Vedischen Religion. Sie zeigte, wie diese New Age Bewegung Weiblichkeit und Naturverbundenheit kombiniert, allerdings in dieser Verwurzelung zutiefst stereotype Rollenbilder stärkt, die indirekt auch dem politischen Mainstream entsprechen. Tobias KÖLLNER (Witten-Herdecke) analysierte die Konstruktion von Rollenmodellen in Russland durch verschiedene Phasen der russischen Geschichte hin zu den aktuellen Gender-Stereotypen und der Unterordnung von individuellen Identitäten unter die Werte von Familie und Demografie. Er zeigt, wie orthodoxe Motive zunehmend diese Rollen-Stereotypisierung prägen und verstärken. Adela MUCHOVA (Linz) präsentierte die Rolle der katholischen Kirche in der Tschechischen Republik in den aktuellen Debatten um die Ratifizierung der Istanbul-Konvention. Mit einer Analyse der Debatten in den Medien konnte sie zeigen, wie die Fronten zwischen den pro- und contra-Positionen in Bezug auf die Istanbul-Konvention klar zwischen Laien und Kirchenleitung/Bischöfen verlief und beide Seiten auf unterschiedlichen Ebenen argumentierten. Die Debatte führte so zu einer stärkeren Fragmentierung der kirchlichen Schichten.

Im abschließenden Panel diskutierten Andreea OPRESCU (Barcelona), Kristine MARGVELASHVILI (Tbilisi) und Kristina STÖCKL (Innsbruck) die unterschiedlichen Verknüpfungen von kirchlichen Strategien mit politischen Bewegungen in verschiedenen Ländern. Oprescu beschrieb den großen Einfluss der Rumänischen Orthodoxen Kirche auf die politischen Diskurse über Frauen-

rechte und Gender-Rollen. Margvelashvili untersuchte in einer vergleichenden Analyse die Situationen in Griechenland, der Ukraine und Georgien. Der Vergleich zeigt, dass in Ländern mit nationalen orthodoxen Kirchen sich diese aktiv an der Verteidigung der eigenen Identität gegen das verunsichernde Eindringen anderer Werte beteiligen, etwa in der Mobilisierung gegen die Implementierung von EU-Normen zu Gender-Gleichstellung und häuslicher Gewalt. Kristina Stöckl erläuterte am Beispiel der Homeschooling-Bewegung in Russland die Vernetzung russischer konservativer Akteure mit evangelikalen US-amerikanischen Gruppierungen zur Verbreitung konservativer Familienwerte. An diesem Beispiel wird die Vereinnahmung liberaler Rechtsvorstellungen durch illiberale Rhetorik und Strategien besonders deutlich.

Eine Antwort auf die Titelfrage - anti-Genderismus als eine Frage der Religion -, wurde während der Tagung nicht eindeutig gegeben. Allerdings wurde in allen Beiträgen und Diskussionen deutlich, dass Religion in den konservativen und rechten Diskursen in Osteuropa, Ostmitteleuropa und auch Deutschland eine wichtige Rolle bei der Legitimierung rechter und menschenfeindlicher Rhetorik sowie bei der Mobilisierung größerer Bevölkerungsgruppen für diese Ideen spielt. Besonders wichtig waren daher auch die Beiträge, die die Vielfalt binnenkirchlicher Diskurse zu den Themen aufzeigen und damit eine vereinfachende Sicht auf religiöse Akteure hinterfragen. Die Theologie ist damit aufgefordert, sich den Fragen von Gender sowie individuellen und kollektiven Identitäten intensiver zu widmen, um den Diskurs innerhalb und außerhalb der eigenen Kirche zu bereichern. Darüber hinaus zeigten sich Forschungsdesiderate sowohl in konzeptuellen Fragen nach den Kategorien der liberalen und illiberalen Gesellschaft als auch nach internen und externen Vernetzungen. Obwohl das Thema anti-Genderismus seit einigen Jahren größere interdisziplinäre Aufmerksamkeit erfahren hat, bleiben entscheidende Fragen nach Netzwerken, Strategien und nach den Gründen für die explosive Bedeutung von Gender für die konservativen Diskurse nach wie vor offen. Die Fachtagung hat durch ihre äußerst interdisziplinäre Zusammensetzung wichtige Aspekte dieses Forschungsfelds zusammengetragen.

Tschernobylkinder. Die transnationale Geschichte einer nuklearen Katastrophe

Bericht: Mietje Kuhnhardt

„Dass ich ein Tschernobylkind war, hatte vor allem Vorzüge. Tschernobyl hat mich zur Kosmopolitin gemacht.“ Das ist das Resümee von Svetlana aus Gomel, die als sogenanntes Tschernobylkind nach Deutschland, Frankreich und Italien reiste. Mehr als eine Million ukrainische, russische und belarussische Kinder und Jugendliche wurden nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 zusammen mit Tausenden von Begleitpersonen auf Reisen geschickt, um sich von der Strahlenexposition, zunehmend aber auch vom Alltag in der (post-)sowjetischen Zusammenbruchsgesellschaft zu erholen. Es setzte ein weltweites Engagement ein, dass dazu beitrug den atomaren Unfall als transnationale Katastrophe zu sehen und den Menschen in Europa die Realität der Katastrophe vor Augen führte. Dies ist das Thema des Buches „Tschernobylkinder. Die transnationale Geschichte einer nuklearen Katastrophe“, das Melanie ARNDT, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 2020 veröffentlichte.

Im Rahmen der Buchvorstellung erläuterte Arndt, sie habe 25 Jahre lang unterschiedliche Geschichten von den ehemaligen Kindern gehört, die an den Auslandsreisen teilnahmen. Das „Tschernobylkind“ gäbe es für sie nicht. Die Voraussetzungen und Erfahrungen

seien zu unterschiedlich, um die Geschichten in einem Begriff zusammenzufassen. Dennoch wurde der Begriff – insbesondere in späteren Jahren – in der Bevölkerung vielfach verwendet. Einige Personen sprechen sogar von einer ganzen Generation der „Tschernobylkinder“. Für Arndt standen allerdings die vielschichtigen transnationalen Beziehungsgeflechte im Vordergrund, die sich ab Ende der 1980er Jahre um die sogenannten Tschern-

obylkinder herausbildeten. Deren Leben betrachtete sie in ihrem Buch mit Fokus auf die Katastrophe und die parallel ablaufenden gesellschaftlichen und politischen Umbrüche. Dabei setzte sie den Fokus auf Belarus als dem Land, das mit einem Anteil von 70% des radioaktiven Fallouts am meisten betroffen war. Im Mittelpunkt steht die Generation der inzwischen

Buchvorstellung
21. Mai 2021, online

In Kooperation mit der
Universität Freiburg

Vierzigjährigen, die zu den Träger*innen der aktuellen gesellschaftlichen Proteste in Belarus zählen.

Ab Mitte der 1990er Jahre standen die Tschernobylkinder weltweit im Fokus. Die Kinder, ihre Familien und Betreuungspersonen knüpften persönliche Kontakte zu Gasteltern in anderen Ländern, auch den USA. Einige Geschichten gelten als positives Beispiel, so erhielten die Tschernobylkinder beispielsweise durch ihren Auslandsaufenthalt viel Aufmerksamkeit in ihren Gastfamilien und darüber hinaus finanzielle Unterstützung. Arndt verdeutlicht aber auch, dass es genauso negative Wahrnehmungen des Austausches gab, wenn die Kinder eher in ärmere, ländliche Regionen, z.B. in Polen, kamen oder von den Programmen nichts erfuhren und daher nicht partizipieren konnten.

Im Laufe der Zeit entstanden zunehmend nichtstaatliche ukrainische und belarussische Hilfsorganisationen, wie z.B. die belarussische Stiftung „Den Kindern von Tschernobyl“ (Международный благотворительный фонд „Детям Чернобыля“), die Kongresse organisierten und Programme initiierten, um Begegnungen und Wissenstransfer über die Katastrophe zu fördern und Netzwerke für die Kinder und Jugendlichen auszubauen. „Tschernobyl brachte Bewegung in die Ost-West-Beziehungen weit über materielle und humanitäre Hilfe hinaus.“, so Arndt. Das Ziel war die Linderung der Katastrophenfolgen für die „Tschernobylkinder“ und die öffentliche Aufmerksamkeit, sodass der als „typisch sowjetisch“ deklarierte atomare Unfall als globale Katastrophe sichtbar werden konnte. Das anfangs vor allem religiöse, später auch politisch motivierte Engagement trieb zum Teil Demokratisierungsprozesse in der post-sowjetischen Gesellschaft voran.

Ab 1996 änderte sich die bereitwillige Hilfe und der Zuspruch der Bevölkerung dazu, die Kinder ins Ausland

zu verschicken. So häuften sich nicht nur die staatlichen Eingriffe in die Koordinierung. Skeptische Stimmen befürchteten, die Kinder würden einen „Kulturschock“ im Ausland erleben, was zu einer Entfremdung vom eigenen Land führen würde. Staatliche Institutionen und der belarussische Geheimdienst wurden aktiv und nichtstaatliche Organisationen wurden in ihrer Tätigkeit vermehrt eingeschränkt. Auch konnten aus finanziellen Engpässen im Laufe der Zeit keine Beitragszahlungen von Belarus und der Ukraine mehr geleistet werden. Es fand ein Umbruchprozess statt. 2008 verschärfte der belarussische Präsident Aleksandr Lukaschenko die Regelungen für die Kinderverschickungen so weit, dass sie für die USA nicht mehr akzeptabel waren. Der Auslöser war die Weigerung einer damals 16-jährigen Belarussin, die Rückreise nach Belarus anzutreten, da sie es bevorzugte in ihrer Gastfamilie in den USA zu bleiben.

Dennoch, die Kontakte der Gastfamilien zu den jeweiligen Kindern und Jugendlichen hielten noch über mehrere Jahre an. Heutzutage, verdeutlicht Arndt, helfen die sozialen Medien verstärkt, sodass die Kontakte wieder aufgenommen oder neu hergestellt werden können. In Bezug auf die Initiativen sei allerdings ein Rückgang zu vermerken, da nachfolgende Generationen die Arbeit nicht mehr übernehmen wollen.

In den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit seien Belarus und die Tschernobyl-Katastrophe erneut durch die Serie „Tschernobyl“ (HBO) gerückt, die auch aus Sicht der Kommentatorin Katsiaryna KRYVICHANINA, Minsk-Warschau-Vilnius, die Problematiken und das Ausmaß der Reaktorkatastrophe gelungen darstellt. Die Serie habe dafür gesorgt, dass das atomare Unglück nicht in Vergessenheit gerät und auch international wieder in den Fokus rücken konnte.



Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung:
Dr. Gabriele Freitag

T 049 (0) 30 214 784 12
F 049 (0) 30 214 784 14
E info@dgo-online.org
W dgo-online.org

Redaktion und Satz: Olessia Seminina
Satz: Marta Warmińska
Redaktionsschluss: 23. Juli 2021

Fotos auf den Seiten: 2-3, 31 und 48 von Tom Vau, Präsentation bei der Jahrestagung
Verflechtungen und Abhängigkeiten: China – Osteuropa – Europäische Union am 26. März 2021

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

